SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Deutsche und Polen auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Nachbarschaft 1989-1998: Versuch einer Bilanz ; Konferenzmaterialien

Bingen, Dieter (Ed.); Malinowski, Krzystof (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzband / conference proceedings

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bingen, D., & Malinowski, K. (Hrsg.). (1999). *Deutsche und Polen auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Nachbarschaft 1989-1998: Versuch einer Bilanz ; Konferenzmaterialien*. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien; Instytut Zachodni. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44403

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Bundesinstitut
für ostwissenschaftliche
und internationale Studien

gemeinsam mit dem
Instytut Zachodni

Deutsche und Polen auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Nachbarschaft 1989-1998: Versuch einer Bilanz

Konferenzmaterialien

Dieter Bingen/Krzysztof Malinowski (Hrsg.)

Dezember 1999

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung auch auszugsweise nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

Inhalt

Seite

GELEITWORT

I. EINFÜHRUNG

Dieter Bingen, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Krzysztof Malinowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Innere und äußere Faktoren des Umbruchs in den polnisch-deutschen Beziehungen

II. DIE ÜBERWINDUNG VON HINDERNISSEN IN DER GEGENSEITIGEN WAHRNEHMUNG

Danuta Berliñska, Instytut □l¹ski, Opole (Oppeln)

Alte und neue Stereotypen in bezug auf das Deutschenbild

Stefan Garsztecki, Universität Bremen

Alte und neue Vorurteile und Stereotype □ Das deutsche Polenbild in den neunziger Jahren

Wojciech Wrzesiñski, Uniwersytet Wroc³awski (Breslau)

Die Nachbarn und die deutsch-polnischen Beziehungen in der Historiographie

Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Entwicklung des Polenbildes sowie der deutsch-polnischen Nachbarschaft im Spiegel deutscher Schulbücher

Beata Ociepka, Uniwersytet Wroc³awski (Breslau)

Die Rolle der Medien bei der Meinungsbildung über Polen und Deutsche

Zbigniew Mazur, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Einstellung der Deutschen und Polen zum Kulturerbe der West- und Nordgebiete

III. DIE ÖFFNUNG DER GRENZE: KONSEQUENZEN, ERFAHRUNGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Dietrich Schröder, "Märkische Oderzeitung", Frankfurt/Oder

Die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen

Deutschland und Polen

Tomasz Bojanowski, Zielona Góra (Grünberg)

Jacek Kurzêpa, Wy¿sza Szko³a Pedagogiczna, Zielona Góra (Grünberg)

Legale und illegale grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit

Ewa Nowiñska, Akademia Ekonomiczna, Poznañ (Posen)

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland

Jörg Horn, Koblenz

Die Kooperation von Städten und Gemeinden im deutsch-polnischen Grenzgebiet

Tomasz Budnikowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Der Tourismus

Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe, Rheinbach

Deutsch-polnische Umweltkooperation

IV. ALTE UND NEUE INSTITUTIONEN UND EBENEN DER ZUSAMMENARBEIT

Witold M. Góralski, Uniwersytet Warszawski (Warschau)

Die politischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland

Sven Bernhard Gareis, Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Strausberg

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit im militärischen Bereich

Natalia Jackowska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Kirchen und die polnisch-deutsche Annäherung

Hubert Orlowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Stiftungen, ihr Stellenwert und ihre Rolle in der polnisch-deutschen Zusammenarbeit

Aleksandra Trzcieliñska-Polus, Instytut □l¹ski, Opole (Oppeln)

Die polnisch-deutsche regionale und lokale Zusammenarbeit

Krzysztof Malinowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Polnisch-deutsche und deutsch-polnische Gesellschaften

V. CHANCEN UND PROBLEME DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Piotr Kalka, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Der Warenaustausch Polens mit dem vereinigten Deutschland

Ilona Romiszewska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Deutsche Direktinvestitionen in Polen

VI. DIALOG UND KOMPROMISS □ ANNÄHERUNGEN

Danuta Berliñska, Instytut □l¹ski, Opole (Oppeln)

Die deutsche Minderheit in Polen

Christoph von Marschall, "Der Tagesspiegel", Berlin

Polen in Deutschland

Andrzej Gra□, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Eigentumsprobleme in Polens West- und Nordgebieten

Zbigniew Czachór, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Poznañ (Posen)

Doppelte Staatsbürgerschaft □ eine Chance für multiethnische Gesellschaften?

Markus Mildenberger, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Neue Rolle und Aufgaben der Vertriebenen und ihrer Nachkommen

VII. ZUSAMMENFASSUNG: BILANZ, PERSPEKTIVEN, ENTWICKLUNGSWEGE

Anna Wolff-Powêska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Eberhard Schulz, Poznañ (Posen)

Deutsche und Polen an der Jahrhundertwende

Empfehlungen der Konferenz

Dezember 1999

Redaktion: Dieter Bingen/Krzysztof Malinowski/Olga Löwen

Übersetzung: Olga Löwen

Geleitwort

Aus Gesprächen 1997 mit der Direktorin des Posener Instytut Zachodni (West-Institut), Prof. Dr. Anna Wolff-Powęska, und den seit Jahrzehnten um das deutsch-polnische Verhältnis verdienten Bonner Professoren Dr. Hans-Adolf Jacobsen und Dr. Eberhard Schulz entstand die Idee, gemeinsam mit deutschen und polnischen Wissenschaftlern die ersten knapp zehn Jahre deutsch-polnischer Beziehungen nach der politischen Wende von 1989 zu bilanzieren. Der Zeitraum erschien uns lang und zugleich übersichtlich genug, jenseits von der richtigen, aber zu einfachen Floskel, die deutsch-polnischen Verhältnisse seien besser als jemals zuvor, die Entwicklung in den unterschiedlichsten Beziehungsfeldern nachzuzeichnen, um nicht nur die Erfolge der neunziger Jahre zu zählen, sondern auch die Defizite und womöglich neue Stolpersteine auf dem Weg zu freundschaftlich-nachbarschaftlichen Beziehungen aufzuzeigen.

Die Organisatoren des Projekts, das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien und das Instytut Zachodni, waren bestrebt, die bilateralen Beziehungen möglichst weit aufzufächern. Daraufhin wurden deutsche und polnische Spezialisten, auf polnischer Seite zu einem beträchtlichen Teil aus dem Team des Instytut Zachodni, gebeten, wissenschaftliche Expertisen vorzubereiten. Die Einzelbilanzen sollten auf einer Abschlußkonferenz in Kreisau im Oktober 1998 diskutiert werden.

Wir hielten es für vertretbar und dem Niveau der deutsch-polnischen Wissenschaftsbeziehungen für angemessen, darauf zu verzichten, in jedem Bereich "aus deutscher Sicht" bzw. "aus polnischer Sicht" referieren zu lassen, und die angesprochenen Kolleginnen und Kollegen zu bitten, an "ihr" Thema komplex heranzugehen; eine Bitte, der nicht in allen Fällen entsprochen wurde. Aber auch dies sind Arbeitsergebnisse auf einer Metaebene.

Bei diesem Versuch einer Bilanz sind nicht alle Felder (z.B. die Kulturgüterproblematik) berücksichtigt worden. Insbesondere schmerzt es, daß der ursprünglich vorgesehene Beitrag über die Entwicklung der kulturellen Kontakte zwischen Deutschland und Polen wegen einer unvorhergesehenen anderweitigen Verpflichtung des Autors kurzfristig entfallen mußte. Auch die Entschädigungsproblematik hatte in der Zwischenzeit, abgesehen von den langfristigen moralischen und juristischen Aspekten, eine politische Bedeutung in den bilateralen Beziehungen erhalten, die sich zur Zeit der Konzipierung und Durchführung des Projekts nicht abzeichnete.

Die Projektanten hatten von Anfang an die Absicht, die Forschungsergebnisse in beiden Ländern und Sprachen zu veröffentlichen. In Posen wurde vom Instytut Zachodni die Edition eines Sammelbandes vorbereitet, der in diesen Tagen ausgeliefert wird. Im BIOst konnte auf-

grund der beruflichen Veränderung des Projektbetreuers im Winter 1998/99 und damit verbundenen personellen und organisatorischen Engpässen das Projekt nicht in dem Umfang fortgeführt und zu Ende gebracht werden, wie es der Betreuer selbst gerne gesehen hätte. Daraus ergab sich, daß mit dem polnischsprachigen Sammelband ein deutschsprachiger Konferenzbericht korrespondiert, in dem die Einführung und die Zusammenfassung (Bilanz, Perspektive, Entwicklungswege) in voller Länge, die Einzelbilanzen jedoch nur in Form von Thesenpapiere vorgelegt werden.

Es spricht für strukturelle Stabilität der deutsch-polnischen Beziehungen im positiven wie im negativen Sinne, daß ungeachtet der inzwischen zu unserem Bedauern länger als gewünscht verstrichenen Zeit die Bilanz, die Thesen und Schlußfolgerungen auch ein gutes Jahr nach der Konferenz und Bilanzierung in wirklich allen Teilbereichen teilweise mit neuen Akzenten aktuell bleiben.

Es ist vor allem dem unermüdlichen Einsatz von Olga Löwen und der kräftigen Mithilfe von Donata Schmidt zu verdanken, daß der Konferenzbericht im Bundesinstitut fertiggestellt werden konnte, nachdem der Betreuer des Projekts sich eben dieser Betreuungsaufgabe aufgrund seiner neuen Aufgaben an einem anderen Ort nicht mehr so intensiv widmen konnte, wie es eigentlich erforderlich gewesen wäre. Ohne die kontinuierliche Förderung und die freundliche Aufforderung von Barbara Langer läge dieser Konferenzbericht nicht vor, der trotz seiner Unvollkommenheit einen Eindruck von der Vielgestaltigkeit und von dem Entwicklungspotential der deutsch-polnischen Beziehungen an der Jahrtausendwende vermittelt.

Dieter Bingen Köln Darmstadt, im Dezember 1999

I. Einführung

Dieter Bingen, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Krzysztof Malinowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Innere und äußere Faktoren des Umbruchs in den polnisch-deutschen Beziehungen

Mit den Vereinbarungen und Abkommen, die in den Jahren 1989-1991 zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen wurden, in der Zeit, als aufgrund des sich abschwächenden Einflusses der UdSSR in Mitteleuropa Polen schrittweise seine Souveränität und Deutschland seine staatliche Einheit zurückzugewinnen begannen, wurde das gesamte Nachkriegskapitel in den Kontakten beider Staaten beendet.

Die Vereinbarungen und Abkommen, die einer von Konflikten gekennzeichneten Epoche ein Ende setzten, können zweifellos als der Wendepunkt in den polnisch-deutschen Beziehungen bezeichnet werden, mit dem die grundlegenden Elemente der Konfrontation aus den Beziehungen eliminiert wurden und beide Staaten zur Zusammenarbeit übergingen. Das Geschehen in den Jahren 1989-1991 ebnete den Weg zu neuen Formen der gegenseitigen Beziehungen und bot die Chance, diese in einer durch freundschaftliche Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft gekennzeichneten Atmosphäre zu gestalten. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß im psychologischen Bereich der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen Voraussetzungen geschaffen wurden, mit denen die historischen Barrieren von Mißtrauen, Stereotypen und Kränkungen durchbrochen werden konnten. Das belegen zahlreiche neue Kontakte, die zwischen den beiden Gesellschaften in verschiedenen Lebensbereichen geknüpft werden. Trotz erster positiver Effekte, die in dieser Studie dokumentiert werden, hat wahrscheinlich vor allem im Bewußtsein der Deutschen eine grundsätzliche Änderung in der Wahrnehmung des Nachbarn noch nicht stattgefunden.

Die zwischenstaatlichen bilateralen Beziehungen wurden bis 1989-1991 entscheidend durch einen Antagonismus beeinflußt, gebildet aus:

- der multilateralen Dimension: der Zugehörigkeit beider Staaten zu zwei antagonistischen politisch-militärischen und ideologischen Systemen, die im Zustand der globalen Konfrontation verharrten,
- der bilateralen Dimension: dem Streit vor dem Hintergrund des Friedensvertragsvorbehalts bezüglich der Anerkennung der Westgrenze Polens durch die Bundesrepublik, in weiterer Folge durch unterschiedliche Vorstellungen zur Lösung der deutschen Frage, vor allem aber durch die Erinnerungen an die Kriegserlebnisse.

Obgleich die Bedingungen für die Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen im Prinzip vor allem mit der Beendigung des Ost-West-Konflikts zusammenhingen, sollte jedoch die Bedeutung von Faktoren, die ihren Ursprung in der Innenpolitik beider Staaten haben, nicht bagatellisiert werden.

Interne Faktoren

Die in den achtziger Jahren in den polnisch-westdeutschen Beziehungen herrschende Stagnation war nicht nur ein Resultat der internationalen Isolation der Volksrepublik Polen nach der Einführung des Kriegszustands 1981, sondern auch der generell angespannten Atmosphäre in den Ost-West-Beziehungen, die auf die von der UdSSR Ende der siebziger Jahre ausgelöste neue Welle der Konfrontation im Rüstungsbereich (Waffen mittlerer Reichweite) und die Invasion in Afghanistan (1979) zurückzuführen war. Diese Situation machte es der Bundesrepublik unmöglich, die von der SDP-FDP-Koalition in den siebziger Jahren begonnene Politik der Annäherung an Polen fortzusetzen, dessen kommunistische Führung, der UdSSR folgend, Desinteresse an der Entspannung an den Tag legte.

Andererseits war es die Intention der Vereinigten Staaten, insbesondere in der ersten Amtszeit von Präsident R. Reagan (1981-1985, 1985-1989), die europäischen Verbündeten auf eine abgestimmte, gemeinsame Politik gegenüber der UdSSR und ihren Satellitenstaaten einzuschwören. Infolgedessen wurden durch die Tatsache, daß die 1982 gebildete CDU/CSU-FDP-Koalitionsregierung unter Bundeskanzler H. Kohl und Außenminister H.-D. Genscher die amerikanische Haltung bei Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa mittrug, Bemühungen der Bundesrepublik, die Kontakte zur UdSSR und Polen zu verbessern, blockiert. Ein für die Solidarität des Westens wichtiger Aspekt, insbesondere in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, war die gemeinsame Strategie gegenüber Polen. Wenn auch die Regierung Kohl-Genscher die Isolationspolitik mittrug und Einvernehmen mit dem Ansatz der Amerikaner bei der Einschätzung der Situation in Polen bewies, d.h. unter anderem die Aufhebung des Kriegszustands und des Betätigungsverbots der Solidarno□æ forderte, so erklärte sie sich verglichen mit den anderen verbündeten Regierungen sehr entschieden für eine Beendigung der politischen Isolation der kommunistischen Regimes in Polen.

Voraussetzung für die Wiederbelebung der offiziellen Beziehungen, darunter der finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, war die Aufhebung der Restriktionen im Lande. In der Tat fand in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nach der Machtübernahme von M. Gorbatschow im Kreml schrittweise der Abbau von Spannungen in den Beziehungen zwischen den Supermächten durch die Annäherung bei den Abrüstungsverhandlungen statt, deren Schlußpunkt die Unterzeichnung des Abkommens über die Eliminierung von Mittelstreckenwaffen im Dezember 1987 bildete, so daß wichtige Hindernisse auf dem Wege zu einer Verbesserung der Beziehungen mit Polen beseitigt wurden. Für beide Länder besaß das politische Programm Gorbatschows einen wesentlichen Vorzug: Es gestattete der PZPR-Führung, sich von der Vormundschaft des Kreml zu befreien und die Kontakte zur Bundesrepublik sowie anderen westlichen Staaten zu erneuern, während es den westdeutschen Politikern nicht nur eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen versprach, sondern auch neue Perspektiven für

die Politik gegenüber der DDR eröffnete. Die Perestrojka inspirierte einen Teil der PZPR-Führung nicht nur zu Schritten in Richtung auf eine gewisse Liberalisierung des Systems, sondern ließ auch eine autonomere Gestaltung der Beziehungen zur Bundesrepublik zu.

Es muß allerdings angemerkt werden, daß grundlegende Faktoren, durch die die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik gehemmt wurde, auch außerhalb des Systemkonflikts Ost-West angesiedelt waren. Die Sackgasse, in der die gegenseitigen Beziehungen bis 1989 steckten, war ursprünglich auf strittige bilaterale Fragen zurückzuführen wie die Rechtspositionen der Bundesregierung in der Frage der Anerkennung der Westgrenze Polens, das Abstreiten des Vorhandenseins einer deutschen Minderheit in Polen durch die Volksrepublik, Ablehnung von Entschädigungen für die Opfer der Naziverfolgung durch Deutschland, den Argwohn der Volksrepublik hinsichtlich der Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die als der polnischen Staatsräson zuwiderlaufend empfunden wurde.

Wenngleich der Weg zur Lösung dieser Probleme durch die Veränderungen in Polen selbst 1989 geebnet wurde, so waren die äußeren Begleitumstände, die zur ihrer Lösung in den Jahren 1989 bis 1991 beitrugen oder sie sogar determinierten, mindestens genauso wichtig, so die Tatsache, daß der Vereinigungsprozeß Deutschlands unter das Patronat der Vier Siegermächte gestellt wurde, nachdem die Massendemonstrationen in der DDR im Herbst 1989 zum Zusammenbruch der SED-Macht beigetragen und Kanzler Kohl im Winter 1990 Kurs auf einen schnellen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik genommen hatte. Die Verzögerung der rechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Kohl im Namen des künftigen vereinigten Deutschland trug zu einer Zuspitzung der Beziehungen mit Polen bei und belegte, daß die von der Möglichkeit einer Wiedervereinigung vollkommen absorbierte Bundesrepublik den Beziehungen zu Polen, das demokratische und marktwirtschaftliche Reformen in Angriff nahm, nicht mehr denselben hohen Stellenwert einräumte wie noch im Herbst 1989. Erst unter dem Druck Frankreichs, Großbritanniens und der USA war der Kanzler gezwungen, seinen Standpunkt in der Grenzfrage zu korrigieren. Das Streben nach einer schnellen Vereinigung beschleunigte paradoxerweise gleichzeitig die Lösung des Konflikts, über den beide Staaten die gesamte Nachkriegszeit über geteilt waren den Streit über die endgültige rechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Ein anderer Faktor war das Bewußtsein, daß die Beziehungen zu Polen in ihrer Gesamtheit, darunter in der für die Bundesrepublik so wichtigen Frage der deutschen Minderheit in Polen, vertraglich geregelt werden mußten. Den Herausforderungen, die sich aus der Verschiebung der geostrategischen Interessen nach Osten ergaben, entsprach ein Konzept der Partnerschaft, eines allseitigen Ausbaus der Beziehungen. Der am 17. Juni 1991 geschlossene Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sollte die Transformation in Polen

fördern und Voraussetzungen zur Überwindung zivilisatorischer Disproportionen zwischen beiden Staaten schaffen. Die Bundesrepublik erklärte darin, sich für demokratische Veränderungen in Polen und für seine Einbindung in Europa einzusetzen, wobei sie für sich die Regelung des Status der deutschen Minderheit erreicht hatte.

Von großer Bedeutung für die polnisch-deutsche Wende Ende der achtziger Jahre/Anfang der neunziger Jahre waren auch innenpolitische Faktoren, vor allem in Polen, weniger in der Bundesrepublik Deutschland. Die Überwindung der Stagnation, die seit fast zehn Jahren in den gegenseitigen Beziehungen herrschte, und schließlich die Wende selbst hingen, wie oben erwähnt, zwar mit Veränderungen des Verhältnisses Ost-West zusammen, waren aber in einem größeren Maße der veränderten Haltung der PZPR gegenüber der deutschen Frage und der deutschen Minderheit zuzuschreiben, insbesondere den demokratischen Veränderungen im Land und der Machtübernahme durch die Solidarno□æ.

Wird das Geflecht der innenpolitischen Umstände analysiert, die zum Umbruch beitrugen, so ist festzuhalten, daß die veränderte Einstellung der PZPR, die zum Teil mit der Perestrojka in der UdSSR zusammenhing, auch von der schwierigen Wirtschaftssituation Polens bestimmt wurde. Die gegenseitige finanzpolitische Abhängigkeit war in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre für die Umorientierung jenes Teil der PZPR-Führung ausschlaggebend, der Verständigung mit dem Westen und dessen ökonomische Hilfe suchte. Die Bundesrepublik spielte hierbei die Sonderrolle des größten Kreditgebers Polens in den siebziger Jahren und in den achtziger Jahren zugleich die des größten Gläubigers Polens. Die gegenseitige Abhängigkeit beruhte darauf, daß die Regierung Kohl-Genscher die Erteilung von Krediten und wirtschaftlicher Hilfe von bestimmten Bedingungen abhängig machte, zum einen von finanziellen, d.h. von einem regelmäßigen Schuldendienst, einer gewissen Rationalisierung der Planwirtschaft, zum anderen von politischen Zugeständnissen Warschaus, u.a. in der Frage der Ausreise von Angehörigen der deutschen Minderheit in die Bundesrepublik.

Diese Wechselwirkung war eine Folge des von der Bundesrepublik respektierten gemeinsamen Standpunkts des Westens, der neue Kredite und wirtschaftliche Zusammenarbeit nur unter der Bedingung akzeptierte, daß die PZPR eine Liberalisierung des Systems von oben ansatzweise zuließ. Während die USA eine unnachgiebige Position bezogen, war die Bundesrepublik viel eher zur Kooperation mit der VR Polen bereit, nicht allein wegen der erwähnten Pläne zur Entspannung, sondern auch wegen der deutschen Minderheit in Polen.

Im Zusammenhang damit sei festgehalten, daß die westdeutsche Entspannungsstrategie der Annäherung sich in einem bestimmten Sinne nicht bewährte: Das Szenario, nach dem eine zunehmend intensive politische und wirtschaftliche Kooperation zu einer Stabilisierung des Systems in Polen und später dann zu pluralistischen Veränderungen von oben geführt hätte, ist

nicht eingetreten. Obwohl sich das Klima der gegenseitigen Beziehungen in den Jahren 1988-1989 deutlich verbesserte, kam es bis zum Ende der PZPR-Herrschaft nicht zu einer Verständigung mit der Bundesrepublik, wenn auch die Machthaber in Polen bereit waren, die Mehrzahl westdeutscher Postulate zu akzeptieren. Die Entscheidung der PZPR für Reformen erfolgte eher aufgrund der fehlenden Zusammenarbeit mit dem Westen als unter ihrem Einfluß, und der grundlegende Faktor war der von unten kommende Druck einer die Demokratisierung fordernden Gesellschaft.

Es ist zu unterstreichen, daß sich auf das Ausbleiben von Fortschritten bei der Annäherung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die unterschiedlichen Vorstellungen über die Art der Normalisierung auswirkten. Die PZPR-Führung hatte damit gerechnet, daß dies ein ähnlicher Prozeß werden würde wie der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Für sie standen die fehlenden Versprechen wirtschaftlicher Hilfe und deren Koppelung zunächst an Zugeständnisse bei der Ausreise von Vertretern der deutschen Minderheit, später dann an die Anerkennung dieser Minderheit in Polen im Gegensatz zu den deutschen Beteuerungen, zur Normalisierung zurückkehren zu wollen. Das Mißtrauen der PZPR gegenüber der CDU/CSU wegen wiederbelebter Diskussionen über die Grenzfrage, die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Akzentuierung der deutschen Frage durch die Christdemokraten sind als die wahren Gründe einer verzögerten Verständigung zu sehen.

Obwohl das Kabinett Rakowski (Oktober 1988 - August 1989) eine Politik der Öffnung gegenüber der Bundesrepublik einleitete, trat die Wende dank der Regierung von T. Mazowiecki ein, die die Solidarno□æ repräsentierte. Diese Regierung strebte die Annäherung an den Westen an, maß den Beziehungen zur Bundesrepublik große Bedeutung bei, akzeptierte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und staatliche Einheit und verwarf damit einen Grundkanon der Außenpolitik der PZPR, der in der Teilung Deutschlands einen Sicherheitsfaktor für die Volksrepublik sah.

Das veränderte Kräfteverhältnis in der polnischen politischen Szene zugunsten der Solidarno□æ hatte für die Kohl-Genscher-Regierung einen hohen Wert angesichts des Demokratisierungs- und Reformprogramms der Bewegung, insbesondere ihrer Auffassung hinsichtlich der deutschen Frage. Das in den achtziger Jahren ausgearbeitete Programm der Oppositionskreise um die Solidarno□æ stellte eine gründliche Neubewertung der Grundlagen der polnischen Außenpolitik dar: Anerkennung des Wiedervereinigungswunsches Deutschlands durch die Akzeptanz seines Rechts auf Selbstbestimmung gegen eine bedingungslose Bestätigung der polnischen Westgrenze sowie eine dauerhafte Annäherung an die Bundesrepublik, auch aus dem Modernisierungsbedarf der polnischen Wirtschaft heraus. In der unabhängigen öffentlichen Meinung Polens stießen die Wiedervereinigungspläne der Bundesrepublik auf Verständnis. An dieser Stelle sollte ein Fragment aus dem Exposé des

Premierministers Mazowiecki vom 12. September 1989 unbedingt zitiert werden: "Wir brauchen einen Umbruch in den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Gesellschaften beider Länder sind schon bedeutend weiter als die Regierungen. Wir rechnen mit einer deutlichen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und wollen eine wirkliche Versöhnung in dem Ausmaß, wie sie zwischen Deutschland und Frankreich stattgefunden hat."[1]

Für den ersten nichtkommunistischen Regierungschef und die Solidarno□æ hatte die Verständigung mit der Bundesrepublik einen höheren Stellenwert als für die Reformer in der PZPR. Bei der Regelung der Beziehungen zu Deutschland waren neben dem langfristigen strategischen Ziel, dem Zugang zu Europa, die ethischen Rahmenbedingungen der Verständigung wichtig. Sie sollte zwischen den Eliten beider Staaten im Geiste des Evangeliums geschehen und insofern an den von den Kirchen in den siebziger Jahren begonnenen Dialog anknüpfen. T. Mazowiecki und andere polnische Oppositionelle unterschrieben zusammen mit westdeutschen Katholiken aus dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs eine Erklärung, in dem sie zu einer Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen im Geiste der Achtung der Menschenwürde appellierten und sich für die Beständigkeit der Oder-Neiße-Grenze, für die Minderheitenrechte sowie für das Recht Deutschlands auf Selbstbestimmung aussprachen.

Die von der neuen Regierung in Angriff genommenen demokratischen Umwandlungen haben zum Abschluß des ersten großen Abkommens, zur Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung von Premier Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl während des Besuchs des deutschen Regierungschefs in Polen (9.-14.11.1989), beigetragen, die fast die gesamten bilateralen Beziehungen umfaßte. Als Reaktion auf die Postulate der Bundesrepublik erkannte die Regierung Mazowiecki an, daß für einen demokratischen Staat, der die Menschenrechte achtet, die Diskriminierung der deutschen Minderheit bei Verhandlungen über die Gesamtheit der Beziehungen und Wirtschaftshilfe keine Trumpfkarte sein darf, und garantierte den Vertretern der deutschen Minderheit in Polen freie kulturelle Entfaltung. Zeugnis für die neue politische Linie gegenüber Deutschland wurde die in Krzy¿owa (Kreisau) abgehaltene Messe und die Geste der Versöhnung zwischen Mazowiecki und Kohl, die den Beginn der offiziellen Versöhnung zwischen der Solidarno□æ, die für die sich demokratisierende polnische Gesellschaft stand, und den westdeutschen Christdemokraten symbolisieren sollte. Das erwähnte Dokument bewies, daß Bonn und Warschau nach zweihundert Jahren von Versuchen der Annäherung und Normalisierung, die geringe Effekte gezeitigt hatten, zu einer qualitativ neuen Etappe der gegenseitigen Beziehungen übergehen wollten. Dieser

1 Berichterstattung von der Sejm-Sitzung am 12. September 1989 in: "Diariusz Sejmowy", Nr. 17, 1989, S. 3.

Kompromiß wäre ohne eine veränderte Einstellung der Eliten der Solidarno□æ nicht denkbar gewesen.

Auch Veränderungen in der Haltung der Christdemokraten, insbesondere in der Grenzfrage, waren ein wichtiger Faktor für den Umbruch in den Beziehungen beider Staaten. Zweifellos war Polen im Herbst 1989, bis zu dem Zeitpunkt, als die SED-Führung die Grenze zur Bundesrepublik öffnete, ein wertvoller Partner der Bundesrepublik im Hinblick auf die Konsequenzen der Demokratisierung in Mitteleuropa, d.h. die Überwindung der Teilung Europas und Fortschritte in der Annäherung an die DDR. Diese Umstände drängten die Notwendigkeit auf, die Position der regierenden CDU/CSU in der am stärksten konfliktbeladenen Frage der polnisch-deutschen Beziehungen, in der Angelegenheit der Oder-Neiße-Grenze, zu klären. Mit ihrem Amtsantritt hatte die christlich-demokratisch-liberale Regierung einerseits das Erbe der Ostpolitik der SDP-FDP-Regierung angetreten und erklärt, die Beziehungen zu Polen verbessern zu wollen, andererseits war diese Haltung nicht einheitlich angesichts des Streits in der regierenden Koalition, weil der national-konservative Flügel der Christdemokraten die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen wollte. Die Variante, die ursprünglich dominierte, bewies einen Mangel an Konsens innerhalb der Koalition über die Beziehungen zu Polen. Erst 1985 wurde die politische Bindungswirkung des Vertrags vom 7. Dezember 1970 auch für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands in den Vordergrund gestellt. Die Abkühlung der Diskussion über die Grenze beseitigte die Spannungsherde nicht, sondern milderte nur etwas die Spannung. Die inkohärente Politik der Regierung in der Grenzfrage kam in ihrer ganzen Schärfe in den Jahren 1989-1990 zum Tragen, als sie den Aufbau der Partnerschaft zu dem sich demokratisierenden Polen dominierte. Die Tatsache, daß die CSU den Status der Grenze in Frage stellte und Bundeskanzler Kohl □ im Gegensatz zu seinem Außenminister, dem pragmatischen Flügel der CDU, der FDP und der oppositionellen SPD □ eine eindeutige Garantieerklärung zur Grenzfrage im Namen des künftigen vereinten Deutschland vermied, leitete sich gänzlich aus der Unterordnung der Polenpolitik unter die innenpolitischen Faktoren ab. Denn Kanzler Kohl war, in seiner Sorge um die Geschlossenheit der CDU/CSU-Reihen, davon überzeugt, daß seine Politik gegenüber Polen auf Konsens gründen müsse, der auch die national-konservativen Kreise, darunter Vertriebene, umfaßt. Im Endeffekt ist es Kohl nicht gelungen, sich über die Parteiinteressen der zu stellen und die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze deutlich zu signalisieren. Er zögerte dies so lange hinaus, bis er den erwähnten Kreisen die Anerkennung der Grenze als den Preis für die Wiedervereinigung präsentieren konnte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß während das Motiv der Innenpolitik der Ostpolitik der SPD-FDP-Koalition in den siebziger Jahren Dynamik verlieh, als die Konzeption der Annäherung an den Osten in breiten meinungsbildenden Kreise der Bundesrepublik Unterstützung fand, die hier erwähnte Haltung der CDU/CSU und des Kanzlers Kohl den

Dialog mit Polen schwieriger machten. Andererseits gilt zu bedenken, daß der Konsensgrundsatz, von dem sich der Kanzler leiten ließ, auch zur Entwicklung in der Haltung all derjenigen beitrug, die dazu neigten, die Öffnungspolitik gegenüber Polen in Frage zu stellen. So konnten die gegenseitigen Beziehungen auf eine dauerhafte und stabile Grundlage gestellt werden.

Wird die Bedeutung der einzelnen Faktoren analysiert, die zum Umbruch beitrugen, so muß nochmals unterstrichen werden: Zwar haben vor allem die tiefgehenden innenpolitischen Veränderungen in Polen den Weg zu einer umfassenden Verständigung in den gegenseitigen Beziehungen geebnet, allerdings hätte dieser Prozeß nicht zum Erfolg geführt, wären da nicht die günstigen außenpolitischen Begleitumstände gewesen: Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, Ende des "Kalten Krieges" und insbesondere die Wiedervereinigung Deutschlands, die zur Eliminierung des heikelsten Problems in den gegenseitigen Beziehungen durch die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens beitrug.

II. Die Überwindung von Hindernissen in der gegenseitigen Wahrnehmung

Danuta Berlińska, Instytut □l'ski, Opole (Oppeln)

Alte und neue Stereotypen in bezug auf das Deutschenbild

Eine friedliche Nachbarschaft, das Streben nach Entwicklung von Demokratie, Aufrechterhaltung von Stabilität und Frieden in Europa sind die gemeinsamen Ziele, die die Grundlage für die Pflege guter polnisch-deutscher Beziehungen und die Entfaltung der Zusammenarbeit bilden. Das sind gewissermaßen die Ausgangsbedingungen, die zu einer Veränderung von Stereotypen und Abschwächung von Vorurteilen führen können. Die sich intensiv entwickelnde Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen hat eine Veränderung des Inhalts von Stereotypen bewirkt. Direkte Kontakte im Rahmen der Zusammenarbeit können die Einsicht vermitteln, daß Deutsche ähnliche Einstellungen repräsentieren und dasselbe Wertesystem respektieren, und so eine Abkehr vom alten negativen Stereotyp bewirken. Wichtig ist, daß im Rahmen der Zusammenarbeit Personen mit einem ähnlichen sozialen Status in direkten Kontakt zueinander treten. Dadurch läßt sich eine Asymmetrie in den Beziehungen vermeiden, die die Verifizierung von Stereotypen und die Veränderung von Einstellungen erschwert. Die beste Form der Zusammenarbeit ist die von verwandten Berufsgruppen, da sich gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele der Zusammenarbeit leicht ermitteln lassen.

Allerdings können durch direkte Kontakte im Rahmen der Zusammenarbeit oder des Jugendaustauschs allein die historischen Vorurteile nicht ausgemerzt werden, sogar wenn sie zu überwiegend positiven Zügen im stereotypen Deutschenbild beitragen sollten. Eine Veränderung der Erwartungen, die in einem Stereotyp stecken, und eine Abmilderung des Mißtrauens sind in einer kurzen Zeitspanne nicht möglich. Die negativen Elemente des Stereotyps in bezug auf die Deutschen werden, emotional stark beladen, im Prozeß der Sozialisation als ein Element der Geschichte der Familie und der Geschichte des polnischen Volkes vermittelt, wurzeln tief und lassen sich durch einzelne positive Kontakte kaum beseitigen. Untersuchungen zu Stereotypen über die Deutschen präsentieren ein zu optimistisches Bild, vielleicht weil das gegenwärtige Klima das Verbalisieren antideutscher Empfindungen nicht fördert, so daß Vorurteile häufig nicht zugegeben werden. Zu einer Veränderung von Stereotypen reicht politischer Wille allein nicht: Notwendig sind ein koordiniertes Vorgehen der Politiker, eine Veränderung des Bildungssystems und des in den Medien kreierten Bildes. Polnische Politiker sollten keine Fragen ignorieren, die von der Öffentlichkeit als potentielle Bedrohung der Interessen empfunden werden oder die Bilder aus der tragischen Vergangenheit leicht wiederbeleben können. Da öffentliche Äußerungen deutscher Politiker für das Bild der deutschen Gesellschaft von größter Bedeutung sind, müssen die offiziellen

Repräsentanten Deutschlands auf die besondere Empfindlichkeit der Polen Rücksicht nehmen und öffentliche Aussagen vermeiden, die als der Versuch interpretiert werden könnten, das Unrecht, das den Polen von den Deutschen unter dem Hakenkreuz zugefügt wurde, relativieren zu wollen. Sollte ein Modus vivendi bei strittigen Eigentumsfragen, Kulturgütern und Entschädigungen für die Opfer des Nationalsozialismus gefunden werden, könnte dies die Voreingenommenheit deutlich abschwächen, die durch das Bedürfnis eines ständigen Erinnerns an die dramatische Kriegsvergangenheit genährt wird. Die Medien tragen im Falle funktionierender Stereotypen eine besondere Verantwortung. Wenn sie wirklichkeitsgetreu über polnisch-deutsche Initiativen sowie über die Ergebnisse der Zusammenarbeit in vielen Bereichen informieren, so liefern sie damit Informationen, die zu einer Differenzierung des alten Stereotyps und einer Bereicherung des Deutschenbildes um positive Züge beitragen. Wenn in den polnisch-deutschen Beziehungen Probleme auftauchen, die unter Berücksichtigung der Haltung der deutschen Seite und ihren Begründungen vorgestellt werden, so kann das dazu beitragen, die Gründe zu verstehen, was aber nicht unbedingt zur Akzeptanz der vorgeschlagenen Lösungen führt. Allerdings ist es dann leichter, sich auf eine Vereinbarung einzulassen, die gewöhnlich einen Kompromiß für beide Seiten darstellt.

Schließlich ist die Einführung von bestimmten Elementen der neuesten Nachkriegsgeschichte Deutschlands (wie Stundenproteste 1968, Verfassungspatriotismus, Funktionsweise eines demokratischen Systems usw.) in den Lehrplan eine Voraussetzung, um den Einfluß der geschichtlichen Erfahrungen des polnischen Volkes, insbesondere aus dem Zweiten Weltkrieg, abzuschwächen, weil sich die Polen dadurch dessen bewußt werden können, wie sich die deutsche Gesellschaft in den letzten 50 Jahren verändert hat.

Die Veränderung von Stereotypen verlangt ein langfristiges, konsequentes, koordiniertes und durchdachtes Vorgehen in den Bereichen Politik, Informationspolitik und Bildung. Das Unterlassen von Bemühungen auch nur in einem dieser Bereiche führt zwangsläufig zur Wiederbelebung der negativen Elemente des Stereotyps und macht eine radikale Einstellungsänderung z.B. durch gute Zusammenarbeit unmöglich.

Stefan Garsztecki, Universität Bremen

Alte und neue Vorurteile und Stereotype Das deutsche Polenbild in den neunziger Jahren

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums war das deutsche Polenbild in der Politik von offenen Fragen aus der Vergangenheit, in der Wirtschaft von Eindrücken eines heruntergewirtschafte-

ten, armen Landes und in der Gesellschaft gleichermaßen von Gleichgültigkeit und Unwissen geprägt. Vorhandene Polenbilder knüpften an die jüngste Vergangenheit und ältere kulturhistorische Vorstellungen über Polen an (Stichworte: Vertreibungsunrecht, "polnische Wirtschaft", indifferente Gefühle einer kulturellen Überlegenheit gegenüber Polen).

Im Bereich der Politik ist es von einer Diskussion über Fragen der Vergangenheit zu einer engen Kooperation gekommen, mit dem Ziel, Polens Mitgliedschaft in EU und NATO zu fördern. Die Berichterstattung, insbesondere in den Zeitungen, skizziert hier ein positives Polenbild, das eines zukünftigen Partners.

Im Bereich der Ökonomie kann, bezogen auf deutsche wirtschaftliche Eliten, fast von einer Polenbegeisterung, von vielen Chancen und damit verbundenen Hoffnungen gesprochen werden.

Das Polenbild der deutschen Gesellschaft ist demgegenüber, soweit es an Umfragedaten ablesbar ist, nach wie vor negativ. Eine polnische EU-Mitgliedschaft wird von der Mehrheit der (gesamt)deutschen Bevölkerung noch abgelehnt, wobei sich in Ostdeutschland Zustimmung und Ablehnung die Waage halten. Insgesamt geht eine sehr langsame Verbesserung des Polenbildes vonstatten.

Insbesondere im Fernsehen wird das deutsche Polenbild von der Grenzproblematik, vom Autodiebstahl und von polnischer Schwarzarbeit, vor allem im Bausektor, bestimmt. Das Bild eines rückständigen, armen Polen scheint ungebrochen.

Schlußfolgerungen

20. Das kulturelle Bild Polens muß verbessert werden.

21. Die polnische Sprache, Wissen über Polen und die deutsche Polonistik sind an Schulen und Universitäten weiter zu fördern.

22. "Themen der Vergangenheit" bleiben nach wie vor von Bedeutung, bezogen auf die polnische Geschichte besteht weiterhin Aufklärungsbedarf.

23. Partnerschaft heißt auch, Polen in kritischen Punkten entgegenzukommen. Bezüglich des Zugangs zum EU-Arbeitsmarkt für Polen muß eine für beide Seiten befriedigende Lösung gefunden werden.

Wojciech Wrzesiñski, Uniwersytet Wroc³awski (Breslau)

Die Nachbarn und die deutsch-polnischen Beziehungen in der Historiographie

Die Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen verliert, im heutigen Lichte betrachtet, ihren Konfrontationscharakter, was eine belebte sachliche Polemik nicht verhindern sollte. Nach einer gewissen Stagnation auf diesem Forschungsgebiet ist eine deutliche Belebung zu erkennen. Neue Probleme werden zum Gegenstand neuer Studien. Unter den Forschern, und zwar beiderseits der Grenze, kann man vieler angehender Adepten gewahr werden. Häufig bildet die Erforschung der polnisch-deutschen Beziehungen den Ausgangspunkt für weitergehende Analyse der internationalen Beziehungen. Die Studien aus diesem Bereich fließen oft in die Erforschung anderer historischer Probleme ein und werden häufig zum Ausgangspunkt für die Modernisierung der in der historischen Forschung angewendeten Methoden. Weiterhin ist jedoch die politische Aufklärung ganzer Völker ein wichtiges Element. Neue Elemente der Vorstellungen über die Vergangenheit dringen unter Widerstand in die gängigen Vorstellungen ein, auch im schulischen Bereich. In den polnisch-deutschen Beziehungen wurde die Geschichte häufig mißbraucht, um feindselige Einstellungen zu wecken, um das fortzuschreiben, was die Völker und Staaten trennte. Heute soll sie der Annäherung der Völker und der politischen Aufklärung dienen, wie es für das sich vereinende Europa notwendig ist, und einen wichtigen Faktor zur Überwindung der schlimmen Vergangenheit darstellen, die beide Völker trennte. Allgemeine Billigung der Politiker in beiden Staaten findet die Feststellung, daß ohne ein vertieftes Wissen über die Vergangenheit der polnisch-deutschen Beziehungen die Herausbildung neuer Einstellungen in beiden Völkern schwer vorstellbar ist, die für den Aufbau von friedlichen internationalen Beziehungen notwendig sind. Diese Beziehungen müssen frei von Haß, Verachtung und Mißtrauen sein, um die Umwandlung der Nachbarschaft in eine Partnerschaft nicht zu bedrohen.

Dies ist ein weithin akzeptiertes Postulat, allerdings ist der Weg dahin noch weit und hängt nicht allein von den Einschätzungen ab, die Historiker formulieren.

Manfred Mack, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

Entwicklung des Polenbildes sowie der deutsch-polnischen Nachbarschaft im Spiegel deutscher Schulbücher

Vorbemerkung

Schulbuchanalysen im deutsch-polnischen Bereich stießen in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre auf starkes Interesse, wohingegen heute kaum noch öffentliches Interesse in beiden Ländern besteht. Ich beschränke mich hier auf die Untersuchung von Geschichtsschulbüchern.

Ausgangslage: Zum Polenbild und der Darstellung der deutsch-polnischen Geschichtsschulbücher bis 1989

Das Polenbild in deutschen Schulbüchern ist nicht zuletzt durch die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission recht gut dokumentiert. Die Arbeiten von Zbigniew Kulak, Wolfgang Jacobmeyer und Michael Roeder dienen als Ausgangspunkt für die aktuelle Untersuchung der Veränderungen seit 1989. Die Autoren beklagen einen nur partiellen Einfluß der Empfehlungen auf die Schulbücher, was nicht zuletzt auch an der "Inkompatibilität" mit der vorherrschenden Struktur deutscher Schulbücher liegt. Polen als Feindbild ist aus den Schulbüchern verschwunden, aber es ist quantitativ nur mit 1,7 bis 2,3 Prozent vertreten, eine Vorstellung von der Kontinuität und Eigenständigkeit der polnischen Geschichte wird nicht vermittelt. Oft ist es eine Geschichte von Polen in der Opferrolle; von polnischen Leistungen, zumal auf kulturellem Gebiet, erfährt der Schüler wenig. Eine Diskussion des früheren deutschen Polenbildes und polnischer Sichtweisen findet kaum statt.

Bericht über Veränderungen in den Schulbüchern 1989 bis 1998

Die Veränderungen in den überarbeiteten Schulbüchern sind nur sehr gering, bei neukonzipierten Schulbüchern sind Licht und Schatten in etwa gleichmäßig verteilt. Bei der Behandlung der Überwindung des Kommunismus wird auch auf den Widerstand der polnischen Gesellschaft eingegangen. Viele überarbeitete und neue Schulbücher bieten einen Überblick über deutsch-polnische Geschichte als eigenständiges Kapitel. Für den Bereich der neuen Bundesländer wurde weder bei den Lehrplänen noch bei den Schulbüchern die Chance einer adäquateren Umsetzung der Schulbuchempfehlungen genutzt.

Ein Lichtblick: Unterrichtsmaterialien zum Thema

Als Ergänzung zu den Geschichtsbüchern ist eine Fülle didaktisch aufbereiteter Materialien für einen Gesamtüberblick, aber auch für zahlreiche Einzelaspekte erschienen. Nicht zuletzt durch die Beteiligung von Fachhistorikern an der Konzeption, aber auch als Autoren haben diese Materialien inhaltlich ein sehr hohes Niveau. Das Georg-Eckert-Institut hat im Januar 1998 eine Broschüre mit den bibliographischen Angaben zu diesen Materialien publiziert.

Ausblick und Anregungen

Die angekündigte Vorlage eines neuen Grundlagentextes der Schulbuchkommission zur deutsch-polnischen Geschichte könnte das Problem der Schulbuchrevision bezüglich der Dar-

stellung Polens von neuem ins öffentliche Bewußtsein heben. Durch Lehrerfortbildung könnte den zahlreichen vorliegenden Arbeitsmaterialien der Weg in den Schulunterricht geebnet werden. Schulbuchrevision ist auf Dauer angelegt, die Hoffnung auf schnelle Erfolge wäre unrealistisch. Dazu bedarf es eines langen Atems, Geduld und Einfallsreichtums.

Beata Ociepka, Uniwersytet Wroc³awski (Breslau)

Die Rolle der Medien bei der Meinungsbildung über Polen und Deutsche

Seit 1989 gibt es im polnischen und deutschen Mediensystem gewaltige Veränderungen, die auch die Thematik und die Art der Berichterstattung über Polen und Deutschland betreffen. In diesem Zeitraum ist in Polen die Zensur aufgehoben worden, die letzten Tabuthemen aus der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen sind verschwunden, in Deutschland hat das Interesse an Polen in den Jahren 1989-1998 außerordentlich zugenommen.

Die Formen der Zusammenarbeit von Medien und Journalisten, die sich in den vergangenen zehn Jahren entwickelt haben, haben jedoch nicht zur Beseitigung alter Vorurteile geführt. Diese werden von den Journalisten weiterhin gern verwendet, weil sie den Meinungen der Abnehmer entsprechen. In der Berichterstattung von deutschen und polnischen Medien gibt es eine Asymmetrie, die dem ungleichen politischen und wirtschaftlichen Potential der beiden Länder entspricht. Um ein größeres Interesse der deutschen Medien und Leser zu wecken, müßte in Polen eine Langzeit-Promotionskampagne vorbereitet werden.

Es gibt aber auch sehr viele positive Beispiele der Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Medien, die davon zeugen, daß einer großen Gruppe von Journalisten die Rolle der Medien beim Abbau von Vorurteilen bewußt ist. Die regionalen Zeitungen in den Grenzregionen arbeiten seit Mitte der neunziger Jahre zusammen, es gibt den Journalistenklub "Unter Stereo-Typen", die ersten gemeinsamen Radioprogramme sind bereits produziert. Alle diese Initiativen basieren jedoch auf individuellen, freundschaftlichen Kontakten der Journalisten und nicht auf offiziellen Vereinbarungen. Zu wenig Aufmerksamkeit wird noch der Rolle des Fernsehens in der Berichterstattung über die fremden Nachbarn gewidmet.

Ein besonderes Problem schafft in Polen die Tätigkeit von deutschen Pressekonzernen. Ihr Engagement in Polen wurde schon als "das Aufbauen eines deutschen Pressekorridors" bezeichnet. Das Hauptziel deutscher Verlage ist der Gewinn, aber jeder falsche Schritt weckt in Polen die alten Gespenster. Auch noch nach zehn Jahren Veränderungen dominieren bei einer Konfliktsituation in den Medien leider Emotionen und nicht rationale Argumente.

Zbigniew Mazur, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Einstellung der Deutschen und Polen zum Kulturerbe der West- und Nordgebiete

Die früheren und die neuen Bewohner nehmen das Kulturerbe der West- und Nordgebiete zwangsläufig unterschiedlich war. Jene haben den direkten Kontakt zur Kulturlandschaft verloren, diese haben die ihr entstammende geistige Kultur nicht angenommen, weil sie es nicht vermochten. Für die Aussiedler hat sich die verlorene Heimat mit der Zeit entfernt und wurde Teil einer imaginären Gemeinschaft, für die polnischen Siedler rückte die vorhandene Kulturlandschaft mit der Zeit immer näher, wurde zunehmend konkreter, verlangte Überlegungen, erforderte Verständnis und eine Beschützerhaltung. Die Aussiedler perzepieren das Kulturerbe als grundsätzlich deutsch, als eine deutsche Kulturschicht, die künstlich und gewaltsam von einer wenig wertvollen polnischen Kulturschicht überlagert wurde. Ihr Bild der Vergangenheit ist in der Tat in einem größeren Maße ethnozentristisch, vereint jedoch die Anhänglichkeit gegenüber der Kulturlandschaft und den kulturellen Mustern der Region sowie die Identifizierung mit der Geschichte der eigenen Ethnie, die auf diesem Gebiet jahrhundertelang lebte, in sich. Den polnischen Bewohnern ist die Vorstellung eines Kulturerbes mit einer komplexeren, mehrschichtigeren Struktur näher, die natürlich den ausgedehnten deutschen Nachlaß, aber ebenso auch den älteren slawischen oder polnischen Nachlaß berücksichtigt. Sie können bis zur deutschen Kulturschicht vorstoßen und tun es, wenn sie sich zunehmend mit der Kulturlandschaft, mit der Geschichte der Region, der Stadt und der Denkmäler identifizieren.

Bei all den Unterschieden im Ansatz der alten und neuen Bewohner der West- und Nordgebiete in bezug auf das Kulturerbe verbindet sie gegenwärtig eine Beschützerhaltung gegenüber den Denkmälern, desgleichen der Wunsch, Wissen über die Vergangenheit einzelner Regionen an den Tag zu fördern und zu verbreiten. Die einen wie die anderen können schließlich ohne psychologische Gegenwehr und gegenseitigen Argwohn ihre Heimatgebiete im selben Raum plazieren. Die einen wie die anderen können auf ihre eigene Art und Weise den kulturellen Nachlaß der West- und Nordgebiete als den "ihren" anerkennen. Es ist wahr, daß sie ihn nicht immer gleich interpretieren und den einzelnen Fragmenten gegenüber eine emotional unterschiedliche Haltung einnehmen, das ist aber nicht das wesentliche. Weitaus wichtiger ist, daß überhaupt eine Ebene entstanden ist, auf der Verständnis möglich und erwünscht ist, und das in dem Bereich, der über Jahrzehnte Gegenstand fortwährender deutsch-polnischer Kontroversen war. Man kann Herbert Hupka, dem Vorsitzenden der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, zustimmen, der unterstrich, daß das Kulturerbe des ehemaligen Ostdeutschland ein Gut europäischen Maßstabs darstelle, das das

deutsche und das polnische Volk nicht trenne, sondern vereine. Ebensowenig kann man sich der Botschaft versagen, die im Titel einer Vortragsreihe enthalten ist, die 1994 von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat organisiert wurde: "Die gemeinsame Verantwortung von Deutschen, Polen und Tschechen für die Kulturdenkmäler".

Die im Bereich des Denkmalschutzes entstandene Interessengemeinschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, um so mehr, wenn man die problematische Rolle des Bundes der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen sowie die besondere Empfindlichkeit der polnischen Bewohner in den West- und Nordgebieten gegenüber jedem Anzeichen von Arroganz seitens deutscher Aussiedlerpolitiker bedenkt. Es muß alles getan werden, damit ebendiese Interessengemeinschaft systematisch ausgebaut und vertieft wird. Nichts bringt entzweite gesellschaftliche Gruppen einander näher, als wenn sie zur Realisierung einer übereinstimmend als richtig empfundenen Aufgabe zusammenarbeiten können. Die Pflege und der Schutz des Kulturerbes in den West- und Nordgebieten liegt definitiv im Interesse beider Seiten, der deutschen und der polnischen, der früheren und der heutigen Bewohner dieser Gebiete. Mehr noch: Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bietet die Chance, daß sich die Ansichten über die Vergangenheit annähern und ein grundlegender Konsens in der Einstellung zum kulturellen Nachlaß entsteht. Außerdem sollte bedacht werden, daß dadurch einerseits eventuell die emotionale, pietätvolle Haltung der Deutschen zum Erbe auf die polnische Gesellschaft übertragen, andererseits das Bild von Polen und den Polen beträchtlich korrigiert, die Vorstellung von einer angeblich destruktiven polnischen Kulturschicht, von der die zivilisatorisch entwickeltere deutsche überlagert wurde, neutralisiert oder aufgehoben wird.

III. Die Öffnung der Grenze: Konsequenzen, Erfahrungen und Herausforderungen

Dietrich Schröder, "Märkische Oderzeitung", Frankfurt/Oder

Die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen Deutschland und Polen

Der grenzüberschreitende Verkehr zwischen Deutschland und Polen weist im Vergleich von 1989 zu 1997 enorme Steigerungsraten auf. In lediglich neun Jahren ist der Lkw-Verkehr um das Fünffache, der Personenverkehr um das Siebenfache und der Pkw-Verkehr gar um das 15-fache angestiegen. Diese überaus rasante, ja gewaltige Entwicklung muß man immer berücksichtigen, wenn von den Problemen an der Grenze die Rede ist. Die enormen Steigerungsraten gehören zu den besten Belegen für die Entwicklung der Kontakte und die wachsende Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen. Der entscheidende Impuls bestand in der Einführung des visafreien Reise- und Besucherverkehrs am 8. April 1991.

Die häufig unerträglichen Staus an den Grenzübergängen sind das größte Problem des grenzüberschreitenden Verkehrs. Trotz großer finanzieller und personeller Anstrengungen beim Ausbau der bestehenden und der Errichtung neuer Grenzübergänge konnten diese Strukturmaßnahmen nicht mit der Entwicklung des Verkehrs Schritt halten.

Bis 1989 gab es zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen insgesamt 24 Grenzübergänge, davon elf Straßenübergänge, acht Eisenbahnverbindungen und fünf sogenannte Fluß-Grenzübergänge. An dieser Zahl änderte sich trotz zum Teil euphorischer Äußerungen der Politiker über die Notwendigkeit neuer Grenzübergänge bis zum November 1992 nichts. Erst dann wurde ein zwischenstaatliches Abkommen über den Bau von 13 neuen Verbindungen unterzeichnet. Von diesen wurden bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieben der Nutzung übergeben. Hinzu kommen drei Übergänge für den kleinen Grenzverkehr, die nur für Fußgänger und Radfahrer aus der Grenzregion zugelassen sind.

Von den 13 neuen Übergängen, die 1992 vereinbart wurden, bringen nur drei tatsächliche Verbesserungen für den Warenverkehr. Alle anderen sind nur auf den Personenverkehr beschränkt. Die Schlußfolgerung kann nur lauten, daß für den Waren- und Personenverkehr weitere Grenzübergänge vereinbart werden müssen. Die tatsächlichen örtlichen Erfordernisse für neue Grenzübergänge haben sich seit dem Vertrag von 1992 zum Teil erheblich verändert. Deshalb wäre eine Weiterschreibung dieses Vertrags oder eine Neuvereinbarung über Grenzübergänge nötig.

Die vier Autobahnübergänge zwischen beiden Ländern weisen trotz umfangreicher Erweiterungen seit 1989 noch keine ausreichende Kapazität für den Waren- und Personenverkehr aus.

Es fehlt nach wie vor an Abfertigungsspuren und an Personal. Da gleich vier Behörden (jeweils deutscher und polnischer Grenzschutz sowie Zoll) an den Kontrollen beteiligt sind, ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten für eine schnellere Abfertigung: Entweder das Personal wird aufgestockt, oder es gelingt, Kompetenzen durch gemeinsame Abfertigung aufeinander zu übertragen. Da erstere Variante aufgrund des bereits hohen Personalbestandes ausscheidet, sollte über die zweite Variante ernsthafter nachgedacht werden. Vereinfachungen im Zusammenspiel der Behörden sind bisher kaum erreicht worden.

In jüngster Zeit ist immer wieder die Frage zu hören: Warum soll die deutsch-polnische Grenze noch ausgebaut werden, wo doch Polen in absehbarer Zeit der EU beitritt und dann die polnische Ostgrenze zur EU-Außengrenze wird? Diese Fragestellung ist falsch, weil sie nicht berücksichtigt, daß neue Brücken auch dann gebraucht werden, wenn an ihnen keine Kontrollen mehr stattfinden, und weil es selbst nach dem EU-Beitritt wahrscheinlich noch auf längere Zeit Kontrollen geben wird. Da die EU-Erweiterung gerade der engeren Zusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen dienen soll, werden auch weitere Verbindungen gebraucht. Es sollte beispielsweise darüber nachgedacht werden, ob Transporte aus Drittländern, die an Polens Außengrenze bereits kontrolliert wurden, an der deutsch-polnischen Grenze erneut untersucht werden müssen.

Die Möglichkeit, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, muß besser als bisher von beiden Staaten gefördert werden. Möglicherweise muß dafür der Schienenverkehr auf Kosten des Straßenverkehrs subventioniert werden, was natürlich ein politisches Problem ist.

Für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Polen werden im Rahmen des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union verstärkt Fördermittel der EU fließen müssen. Das Land ist mit seinen beschränkten finanziellen Möglichkeiten allein nicht dazu in der Lage, ein ähnliches Niveau wie in Westeuropa zu schaffen. Es müßte darüber nachgedacht werden, wie schon im kommenden Förderzeitraum der EU, der die Jahre 2000 bis 2006 umfaßt, ein spezielles Programm aufgelegt werden kann, das die Grenzregionen Deutschlands und Polens gemeinsam erfaßt und tatsächlich grenzüberschreitende Projekte (darunter Brücken) ermöglicht.

Polen sollte so schnell wie möglich in das Sicherheitssystem nach dem Schengener Abkommen einbezogen werden. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, den Sicherheitsstandard an den polnischen Ostgrenzen zu erhöhen und gleichzeitig dort solche Abfertigungsbedingungen zu schaffen, die keine Hürde für die Beziehungen der EU und insbesondere Polens zu den GUS-Staaten und den baltischen Ländern darstellen (Motto: Keine neue Mauer am Bug errichten.).

Tomasz Bojanowski, Zielona Góra (Grünberg)
Jacek Kurzêpa, Wy¿sza Szko³a Pedagogiczna, Zielona Góra (Grünberg)

Legale und illegale grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit

Will man den Einfluß der geographischen Lage und der Öffnung der Grenze auf die legale Wirtschaftstätigkeit der im Grenzgebiet Lebenden summieren, so sind nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen zu konstatieren. Erwähnt seien:

- positive Veränderungen beim Führungsstil von Einrichtungen sowie die Organisation ihrer Arbeits- und Funktionsweise nach marktwirtschaftlichen Gesetzen;
- der Fortbestand alter und die Entstehung zahlreicher neuer Handels- und Dienstleistungspunkte sowie deren hoher Standard, Herausbildung einer Handelskultur sowie der Stellenwert hygienisch-sanitärer Bedingungen.

Die Öffnung der Grenze 1991 fiel mit einem gesellschaftspolitischen Umwandlungsprozeß auf beiden Seiten der Grenze zusammen. Die Veränderungen haben nicht nur eine intensivere Wirtschaftstätigkeit freigesetzt, die innerhalb des Rechts angesiedelt ist, d.h. legale Betätigung, sondern auch eine allmähliche gesellschaftliche Desorganisation ausgelöst. Sie trat in Form von illegaler Tätigkeit und pathologischen Phänomenen zutage. Unter einem pathologischen Phänomen ist hier eine Erscheinung zu verstehen, die den Interessen der Gesellschaft schadet, gesellschaftliche Normen verletzt und somit sozial schädlich ist. Einige Formen dieses Verhaltens sind durch rechtliche Vorschriften verboten (durch entsprechende Zoll- und Finanzgesetze), andere wiederum werden der Verurteilung durch die Gesellschaft und den darauf folgenden Sanktionen überlassen. Im Untersuchungszeitraum, d.h. von 1988 bis 1998, war die Struktur der pathologischen Phänomene bei Verhaltensweisen, ihren Erscheinungsformen und Größenordnungen Veränderungen unterworfen.

Seit Beginn der neunziger Jahre funktioniert im Grenzgebiet eine "Schattenwirtschaft", für die Schmuggel, illegaler Handel und illegale Dienstleistungstätigkeit bezeichnend sind. Die Waren, die am häufigsten über die Westgrenze geschmuggelt werden, sind Zigaretten, Autos, Drogen und Elektronik. Zigaretten sind gewöhnlich die "Lokomotive" des Schmuggels, d.h., sie werden am häufigsten geschmuggelt, und die meisten betätigen sich auf diesem Feld.

Aus gesellschaftlicher Sicht lassen sich viele pathologische Verhaltensweisen an der Tätigkeit der grenznahen Märkte festmachen, in denen sich wie im Brennglas das Leben der Grenzgemeinden konzentriert. Denn die Tätigkeit auf den Märkten wird auf zwei Ebenen abgewickelt, und zwar auf der legalen, die offiziell bekannt ist, und der illegalen, von der nur wenige wissen.

In den letzten Jahren hat im westlichen Grenzgebiet die Stunde einer spezifischen Betätigung der Jugend geschlagen, genannt "juma". "Juma" ist ein Prozedere, das sich zu Beginn der neunziger Jahre mit der weiten Öffnung der polnisch-deutschen Grenze entwickelte und auf Diebstählen beruht, die in Deutschland von Polen begangen werden. Diese gestohlenen Waren werden dann nach Polen gebracht (geschmuggelt) und dort verkauft. Kunden sind zufällige Käufer, Klein(Kiosk)händler, Markthändler oder auch Personen, die bei den "juma"-Händlern gezielt Waren bestellen.

Es muß festgestellt werden, daß die illegale Tätigkeit nicht nur polnische Staatsbürger betrifft, sondern auch Mitarbeiter von deutschen Firmen, die in Polen "schwarz" arbeiten, wie im Lauf von Untersuchungen festgestellt wurde. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um Beschäftigte, die einfache Tätigkeiten verrichten, sondern auch um Mitarbeiter der mittleren und höheren Leitungsebene.

Die Gruppe, die am schnellsten auf die neuen Möglichkeiten der offenen Grenze reagierte, waren junge Menschen. Viele sehen ihre Chancen in der Entwicklung von Handel, Dienstleistungen und Produktion. Die Öffnung der Grenze induzierte aber auch das Aufkommen vieler Verhaltensweisen jenseits des Rechts, die alle Grenzbewohner ungeachtet ihres Sozialstatus, Alters oder Beschäftigungsart an den Tag legen. Das hat zu einer besonderen Moral der Bewohner dieser Gebiete geführt, die jenseits des Rechts liegende Verhaltensformen toleriert. Dies ist mit dem Phänomen einer um sich greifenden sozialen Desorganisation der Gesellschaft im Grenzland gleichzusetzen.

Ewa Nowińska, Akademia Ekonomiczna, Poznañ (Posen)

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland

Wenn über die bedeutende Rolle von Euroregionen für die grenzüberschreitende Arbeit gesprochen wird, sollte nicht vergessen werden, daß sich die gegenwärtige Situation Polens seit der Entstehung der ersten Euroregion an der deutschen Grenze, d.h. seit 1991, erheblich verändert hat. Die koordinierende Rolle bei der lokalen und regionalen Zusammenarbeit könnten heute mit Erfolg die Selbstverwaltungsstrukturen auf Kreis- und Wojewodschaftsebene übernehmen, die es seit dem 1. Januar 1999 gibt. Die Bedeutung von Euroregionen in Europa verringert sich graduell, unter anderem aufgrund der schrittweisen Angleichung der regionalen Entwicklung einzelner Gebiete sowie aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten. In Polen haben sich auch die Erwartungen der Kommunen auf großzügige Finanzierung von intraregionalen Projekten nicht erfüllt. Die Finanzierung gemeinsamer polnisch-deutscher

Unternehmungen aus EU-Mitteln wie Interreg I stellt sich für die polnische Seite oft als unerreichbar heraus.

In der gegenwärtigen Verwaltungsordnung Polens, die mit den Strukturen des deutschen Staates kohärent ist, sollten Initiativen der Selbstverwaltungsorgane, die über ausreichend Kompetenzen zur Anregung grenzüberschreitender Zusammenarbeit verfügen, mehr Geltung bekommen. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Euroregionen von der Karte Europas verschwinden sollten. Sie spielen eine bedeutende Rolle bei der Koordinierung von grenzübergreifenden lokalen Initiativen, da sie Regionen mit ähnlichen Entwicklungsproblemen verbinden. Den Euroregionen kommt auch bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen eine große Bedeutung zu, was in der Förderung der Region nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch nach außen, jenseits der Staatsgrenze, zum Ausdruck kommt. Dieses Vorgehen zielt darauf ab, die Wirtschaftseinheiten und die erwerbstätige Bevölkerung außerhalb der Region auf die Standortvorteile und Vorzüge der Region hinzuweisen. Die Förderung besteht auch darin, den Unternehmen möglichst günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Tätigkeit von Euroregionen sollte sich nicht auf wirtschaftliche Initiativen beschränken, sondern sich stärker in Richtung Annäherung der Kulturen und Präsentation der landschaftlichen Vorzüge der Regionen bewegen.

Als Resümee sei festgehalten, daß die grenzübergreifende Zusammenarbeit im weiteren Sinne, d.h. nicht nur im Rahmen der Euroregionen, von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Aktivierung der polnisch-deutschen Grenzgebiete ist. Ohne sie kann der Entwicklungsrückstand faktisch nicht eingeholt werden. Die veränderte Rolle der grenznahen Regionen in der sozioökonomischen Struktur des Landes bietet den Grenzgebieten neue Entwicklungsmöglichkeiten und gestattet die Nutzung von wirtschaftlicher Attraktivität und Aktivität sowie von Synergieeffekten im internationalen System.

Jörg Horn, Koblenz

Die Kooperation von Städten und Gemeinden im deutsch-polnischen Grenzgebiet

Ausgangssituation

Infolge des Zweiten Weltkriegs wurden entlang von Oder und Neiße zahlreiche Gemeinden und mehrere Städte geteilt, darunter Frankfurt/Oder, Görlitz, Küstrin, Guben, Forst, Bad Muskau und Zittau.

Deutsch-polnische Kontakte in den geteilten Kommunen entwickelten sich nach 1945 erst langsam, wurden aus propagandistischen Gründen ("Friedensgrenze" Oder-Neiße) verordnet

und erstreckten sich auch auf Kooperationen im infrastrukturellen Bereich (Wasser- und Gasversorgung).

Das Jahr 1989 führte □ mit wichtigen Impulsen der Vertriebenen □ zu einer Wiederbelebung der z.T. bestehenden Städtepartnerschaften. Mit Ausnahme Küstrins sind alle geteilten Städte in sich durch Verträge verbunden. Ein wichtiger Anreiz für Kooperationen sind funktionale Zwänge hinsichtlich der Bewältigung lokaler Probleme.

Eurostädte an Oder und Neiße

Unter den geteilten Städten bauten Frankfurt/Oder-S³ubice, Guben-Gubin und Görlitz-Zgorzelec ihre Kooperationsfelder derart eindrucksvoll aus, daß mit den "Euro(pa)städten" (Selbstbezeichnung Guben und Görlitz) sowie dem "Städteverbund" Frankfurt/Oder ein neuer Typus kommunaler Partnerschaften entstanden ist. Mehr noch: Gemessen an der Integrationstiefe übertreffen die drei Städte bereits die weit größeren vier Euroregionen. Man kann die Städte als starken Nukleus der Euroregionen begreifen.

Kooperationsfelder	*Gemeinsame Einrichtungen*
öffentliche Ordnung (gemeinsame Polizeistreifen)	Gemeinsame Ratssitzungen und Ausschüsse
Ordnungsrecht	Collegium Polonicum
Raumordnung	zweisprachige Kindergärten/Gymnasien
Infrastruktur	Kläranlagen, Mülldeponie, Brücke
Gewerbeplanung	Bus- und Taxilinien
Städtebau, Kultur	

Kleinere geteilte Grenzstädte und -gemeinden kooperieren in den Bereichen Kultur, Tourismus, Infrastruktur und Städtebau. Beispiele sind Zittau, Forst und Bad Muskau. Völlig unterentwickelt sind die Kontakte zwischen Küstrin (Kostrzyn) und Küstrin-Kietz. Da bei kleineren Kommunen funktionale Kooperationszwänge geringer ausgeprägt sind, nehmen sich die Kooperationsfelder bescheidener aus.

Handlungsempfehlungen

Weitgreifende grenzüberschreitende Kooperationsmodelle wie der teils mißverstandene "Stolpe-Plan" sind wenig ausgereift. Für die geteilten Städte wäre es hilfreicher, sich an den ähnlich situierten österreichischen Gemeinden Jungholz und Mittelberg zu orientieren. Zur wirtschaftlichen Harmonisierung könnten die polnischen Stadtteile an das indirekte deutsche Steuersystem angebunden und Anreize für Kapitalanleger geschaffen werden. Zur Entlastung der polnischen Bürger wegen höherer Lebenshaltungskosten im Grenzland könnte der pol-

nische Staat Freibeträge und Schulgelder gewähren.

Ziel sollte eine weitere institutionelle Verzahnung der Schwesterstädte und die Vergemeinschaftung einzelner Bereiche (etwa Gewerbeplanung) mit Mehrheitsentscheidung eines gemäß Bevölkerungsanteilen zusammengesetzten Rates sein.

Die Anerkennung der Postleitzahlen beider Stadtteile im jeweils anderen Land und Telefonverbindungen zum Ortstarif innerhalb der geteilten Städte würden den Alltag vereinfachen.

Es sollte versucht werden, Gemeindepartnerschaften innerhalb der Euroregionen zu fördern.

Wichtig ist die Einbindung der Vertriebenen, der größten soziologischen Polen-Lobby in Deutschland. Dazu sollten im Grenzgebiet neue Vertriebenenpatenschaften gegründet werden, die häufig Städtepartnerschaften vorangehen (so z.B. in Wuppertal/Liegnitz). Viele Vertriebene aus Städten in Ost-Brandenburg/Wojewodschaft Lebuser Land haben keinen kommunalen Paten in Deutschland.

Tomasz Budnikowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Der Tourismus

Der touristische Austausch zwischen Polen und Deutschland trägt wesentlich zur Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Völkern bei.

Eine Entwicklung der polnischen Touristeninformationszentren in der Bundesrepublik würde das Interesse an Polen erhöhen. Sehr kritisch ist in diesem Zusammenhang die Schließung eines solchen Zentrums in Köln zu bewerten.

Das polnische touristische Angebot müßte in den neuen Bundesländern vergrößert und diversifiziert werden.

Unzufriedenstellend genutzt werden die potentiell großen Aufnahmemöglichkeiten auf dem Lande.

Gemeinsam sollten Schritte unternommen werden, um den polnischen Bürgern die touristischen Vorzüge Deutschlands näherzubringen, damit das Land nicht mehr ausschließlich mit Verdienst- und Einkaufsmöglichkeiten assoziiert wird.

Um den Jugendaustausch zu beleben, wäre es zweckmäßig, das Deutsch-Polnische Jugendwerk mit mehr Geld auszustatten und Regionen zu aktivieren, die sich bislang wenig an den gemeinsamen Projekten beteiligt haben.

Lutz Ribbe, Stiftung Europäisches Naturerbe, Rheinbach

Deutsch-polnische Umweltkooperation

Ein entscheidender Punkt bei der Frage der Entwicklung von Umweltkooperation und -märkten in anderen Ländern scheint den politisch Verantwortlichen noch nicht ganz bewußt zu sein. Umweltstaatssekretär Jauck selbst führte in seiner Rede am 9. Dezember 1997 in Bonn aus, daß "bei aller Kritik an einer vermeintlichen Überregulierung im Umweltschutz, die hin und wieder laut wird, (man) konstatieren müsse, daß Ausgangspunkt der dynamischen Entwicklung der Umwelttechnologie in unserem Land gerade der Innovationsdruck durch ein stetig steigendes Umweltbewußtsein der Bürger ... war". Doch die Frage, wie es um das Umweltbewußtsein in den Zielländern steht, wie dieses entwickelt, wie beispielsweise die Umweltbewegung gezielt genutzt werden kann, wird nicht gestellt; eine entsprechende Konzeption ist nirgendwo erkennbar. Dabei war es unbestritten die Umweltbewegung, die zum Umweltbewußtsein der Bevölkerung entscheidend beigetragen hat. Andere Länder, beispielsweise die USA, gehen hier weitaus geschickter vor.

Zwar sind im Deutsch-Polnischen Umweltrat auch Umweltverbände integriert, doch ihre Rolle ist eher undefiniert. Auf dem Weg zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Umweltschutz müßten Verbände als eine gesellschaftlich mittragende Säule der Umweltpolitik weitaus mehr eingespannt werden, als dies bislang der Fall ist. Die offizielle Politik sollte versuchen, sie in die Initiierung von neuen Ideen, Projekten und Kooperationen einzubinden. Doch ist eine entsprechende Strategie nicht erkennbar. Im Gegenteil: Das Beratungsprogramm der Bundesregierung für die Staaten in Mittel- und Osteuropa etwa, das sog. TRANSFORM-Programm, dessen zentrales Element einst der Aufbau demokratischer Strukturen war, hat sich mehr und mehr zu einem Investitionsvorbereitungsprogramm entwickelt. Wer jedoch auch im Umweltbereich auf die "schnelle Mark" wartet, darauf hofft und baut, daß aus Polen Aufträge an die Anbieter deutscher Umwelttechnologien kommen (und sich wundert, daß dies nicht passiert), und wer die Umweltkooperation zwischen Deutschland und Polen an den Auftragsbüchern bundesdeutscher Unternehmen mißt, weiß nicht, was partnerschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes heißt.

Die Bilanz der mittlerweile fast zehnjährigen Umweltkooperation zwischen Polen und Deutschland fällt sicherlich nicht negativ aus, aber Grund zum Jubeln besteht keineswegs. Die Defizite zu analysieren, Strategien zu entwickeln, neue Wege einzuschlagen, dafür ist die Zeit gekommen. Ob die Erkenntnis dafür aber auch schon da ist, darf angezweifelt werden.

IV. Alte und neue Institutionen und Ebenen der Zusammenarbeit

Witold M. Góralski, Uniwersytet Warszawski (Warschau)

Die politischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland

Der polnisch-deutsche politische Dialog hat sich in den Jahren 1989-1999 unter den neuen Bedingungen in Polen und den neuen geopolitischen Verhältnissen in Europa bewährt. Mit seiner Hilfe ist es gelungen, nicht nur die grundlegenden deutsch-polnischen Streitpunkte auszuräumen, sondern auch den polnisch-deutschen Beziehungen auf einer neuen Grundlage, die anerkannten westeuropäischen Standards entspricht, Entwicklungsperspektiven zu geben. Die durch den politischen Dialog geschaffene Infrastruktur der Beziehungen und zugleich Interessengemeinschaft auf vielen Ebenen ist zu einer beständigen Voraussetzung der Zusammenarbeit und konfliktlosen Problembewältigung geworden.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die bisherigen Errungenschaften des politischen Dialogs vielversprechend sind und gute Grundlagen für die künftige Entwicklung schaffen. Zehn Jahre politische Beziehungen haben gleichzeitig die Schwächen und die Gefahren, die auf unterschiedliche Gründe zurückgehen, ans Licht gebracht:

24. Aus der bisherigen Praxis der polnisch-deutschen Beziehungen ergibt sich, daß es weiterhin schwierig ist, die polnisch-deutsche Vergangenheit zu bewältigen, sofern eine entsprechende Dynamik des Verständigungs- und Aussöhnungsprozessess zwischen Polen und Deutschen nicht gewährleistet ist. Die polnisch-deutsche Verständigung ist immer noch eine empfindliche Materie, was unter anderem mit der Kontroverse über die polnische Beteiligung an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Kriegsendes belegt werden kann.

25. Die Praxis der letzten zehn Jahre hat bewiesen, daß gutnachbarschaftliche Beziehungen nicht vor Konflikten und Streitigkeiten schützen, die aus den Unterschieden und Kollisionen der nationalen Interessen erwachsen. Die polnische NATO-Mitgliedschaft war für die Politik der Bundesrepublik solch ein Kasus.

26. Die in den polnisch-deutschen Beziehungen sichtbare Asymmetrie hinsichtlich der Position beider Staaten in den internationalen Beziehungen könnte ein wesentlicher Grund für Streit und Kontroversen in für beide grundsätzlichen, strategischen Angelegenheiten sein, die mit der Herausbildung eines Systems kooperativer Sicherheit in Europa zusammenhängen. Die größte Herausforderung auf dieser Ebene ist die unterschiedliche geopolitische Einstellung beider Staaten gegenüber Rußland. Trotz der fortschreitenden polnisch-deutschen Annäherung in dieser Frage, die auch durch die Mitgliedschaft Polens

und Deutschlands in der NATO bestimmt ist, werden die deutsch-russischen Beziehungen noch lange einen neuralgischen, wenn nicht gar explosiven Aspekt der polnisch-deutschen Interessengemeinschaft darstellen.

Politische Beziehungen, die sich nur im internationalen Bereich entwickeln, verarmen, wenn sie nicht mit einem politischen Dialog der Parlamente, politischen Parteien und intellektuellen Eliten beider Staaten einhergehen. In der polnisch-deutschen Zusammenarbeit nach 1990 hat der Dialog von Präsidenten, Regierungschefs und Ministern den anderer Akteure des politischen Geschehens deutlich überrundet, denen es an Zeit fehlt; es mangelt an Menschen, die zu einem ständigen und nicht nur gelegentlichen Meinungsaustausch sowie zu gemeinsamen politischen Initiativen anhalten.

Sven Bernhard Gareis, Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Strausberg

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit im militärischen Bereich

Die bisherige Zusammenarbeit

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und polnischer Armee entwickelt sich auch im neunten Jahr ihres Bestehens äußerst positiv und dynamisch.

Gründe für den Erfolg dieser Zusammenarbeit sind (a) die gemeinsame Orientierung beider Staaten, an der fortschreitenden Integration Europas und der NATO mitzuwirken, (b) ihr Bemühen, die bilateralen Beziehungen in möglichst vielen Bereichen auszubauen, und (c) ein praktischer militärischer Kooperations- und Konsultationsbedarf.

Die Zusammenarbeit umfaßt die Felder der militärpolitischen/militärischen Zusammenarbeit, der militärischen Ausbildungshilfe, der grenznahen Kontakte und Partnerschaften sowie der Kooperation im Programm "Partnerschaft für den Frieden", "im Geiste von PfP" und im trilateralen Bereich.

Ein wichtiges Ergebnis der Zusammenarbeit ist die Aufstellung eines dänisch-deutsch-polnischen Korpsstabs in Stettin, der nach dem NATO-Beitritt Polens im April 1999 seine Arbeit aufnahm.

Erforderliche Maßnahmen in der Zukunft

Der Abbau der Sprachbarrieren muß weiter im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Der Erwerb deutscher Sprachfertigkeit konkurriert dabei mit dem Bemühen der polnischen Seite, ihre Soldaten in der NATO-Sprache Englisch auszubilden.

In den polnischen Streitkräften sollten hierarchiebetonende Befehls- und Gehorsamsmuster zugunsten stärker auftrags- und zielorientierter Führungsverfahren abgebaut werden. Damit sind größere Verantwortungsbereiche und Freiheitsgrade für die Soldaten der unterschiedlichen Ebenen verbunden. Es ist zu erwarten, daß sich eine solche Entwicklung auch positiv auf die Kommunikation zwischen polnischen Soldaten und ihren Partnern in den NATO-Armeen auswirken wird.

Im politischen Bereich müssen die rechtlichen Grundlagen für gemeinsame Übungen ausgebaut werden. Hierzu gehören vor allem das Geheimschutzabkommen und die Vereinbarungen für den Streitkräfteaufenthalt in den Partnerländern.

Natalia Jackowska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Kirchen und die polnisch-deutsche Annäherung

Es besteht der Bedarf an einer gemeinsamen "polnisch-deutschen Synode", die die Möglichkeit einer permanenten seelsorgerischen Kommunikation schafft. Die Aussöhnung bleibt weiterhin allzusehr im Bereich von Gesten, spekulativen Appellen und Begegnungen, es wird zu wenig (oder überhaupt nicht) über normale Nachbarschaft in der Gemeindeseelsorge, auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften, gesprochen.

Ein gleichberechtigter Dialog in der Zukunft wird zustande kommen, wenn die Deutschen die Quellen der traditionellen polnischen Religiosität begreifen. Die Kirche der Theologen in Deutschland und die nationale Frömmigkeit in Polen diese Teilung sollte kein Grund für Animositäten sein.

Daß sich Polen und Deutschland inmitten der Integrationsprozesse in Europa befinden, verlangt nach einer Öffnung der Kirchen für den Prozeß "des Austauschs der geistigen Gaben" zwischen Ost und West. Die Zusammenarbeit der polnischen und der deutschen Kirche soll die europäischen Politiker daran erinnern, daß es notwendig ist, konfessionelle Gemeinschaften als ein wesentliches Element des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Europa anzuerkennen.

Ein größeres Gewicht müßte den Fragen der gemeinsamen ökumenischen Arbeit und der Öffnung zum Osten beigemessen werden. Die Zusammenarbeit sollte zweigleisig verlaufen und sowohl auf materieller als auch institutioneller Hilfe beruhen.

Die Problematik breit angelegter internationaler Kontakte auf europäischer Ebene müßte zu einem Anliegen geistlicher Seminare, zum Gegenstand der Bildungsarbeit von weltlichen Bewegungen und Gemeinschaften, von Kirchenmedien und Lehranstalten werden.

Die Kirche müßte ihre Stellung und Autorität einsetzen, um zu einer Kraft zu werden, die politische Streitigkeiten schlichtet, Dialogbereitschaft und Achtung lehrt, Mittler ist und sich

bei der Lösung von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen auf niemandes Seite stellt. Diese "politische Diakonie" könnte und sollte die Kirchen zu einem Werkzeug der Aussöhnung in Europa machen.

Hubert Orlowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Die Stiftungen, ihr Stellenwert und ihre Rolle in der polnisch-deutschen Zusammenarbeit

Einer Bewertung wurden folgende politische Stiftungen unterzogen: die Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen, die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und die Friedrich-Naumann-Stiftung in Polen sowie die in der polnischen Öffentlichkeit kaum präsente Hanns-Seidel-Stiftung. Vertreten sind in Polen auch der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) sowie das Goethe-Institut. Im größeren Rahmen sind in Polen ebenfalls solche Stiftungen und stiftungsähnliche Institutionen tätig wie die private Robert Bosch Stiftung, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung sowie die aus Regierungsmitteln finanzierte "Inter Nationes".

Die vorrangigen Kriterien für Zusammenarbeit sind: Unterstützung aller Formen und Institutionen, die vergangene und gegenwärtige, faktische und vermeintliche Felder kollektiver Mißverständnisse, des Unverständnisses und der Vorurteile (gemeinsam) bearbeiten wollen sowie Bedingungen und Mechanismen für Kontakte schaffen, die zukunftsorientiert sind, in einer neuen Gesellschaftsordnung, mit neuen europäischen Kontakten.

Die Effizienz des DAAD, der Robert Bosch Stiftung und der Humboldt-Stiftung ist sehr hoch einzuschätzen.

Der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit kommt unter allen Stiftungen und Institutionen sowie Gemeinschaften ein besonderer Platz zu, und zwar aufgrund der Unterstützung von Plänen im Rahmen der deutsch-polnischen Partnerschaft in einer für die anderen Mäzene unerreichbaren Größenordnung. Nach den oben erwähnten Kriterien müssen folgende Förderungsbereiche hoch bewertet werden: Kontakte zwischen Jugendgruppen und Schulen, Vertiefung des Wissens über Deutschland, verlegerische Tätigkeit (Zeitschriften, Serien, Sammelbände, Übersetzungen) und Expertentätigkeit, Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Fachleuten, Seminare und Symposien zu für beide Seiten interessanten Themen, gemeinsame Ausstellungen sowie Literatur-, Kunst- und Musikveranstaltungen.

Das Problem besteht allerdings darin, daß Projekte und Vorhaben dieses Bereichs die entsprechenden Etats außergewöhnlich gering belastet haben. Es muß zu denken geben, daß jahrelang unverhältnismäßig hohe Quoten auf den Umweltschutz und einen sehr ausgedehnt gefaßten Begriff des Gesundheitsschutzes entfielen. Insbesondere nimmt wunder, daß hohe

Summen für Abwässerreinigung, Aufbereitungsanlagen, Wasserleitungsnetze, Ausbau der Telekommunikation und ähnliche Unternehmungen verwendet wurden. Von diesen Wohltaten wurde vor allem auf dem Lande profitiert, und da hauptsächlich in Ober- und Niederschlesien.

Die Disproportionen in der Tätigkeit der Stiftung in den ersten Jahren demonstrieren sehr überzeugend die Prozentquoten, die 1993 auf bestimmte Projektbereiche entfielen:

- Jugendaustausch und Begegnungsstätten 7,1%;
- Umweltschutz und Infrastrukturinvestitionen 22,7%;
- Aus- und Fortbildung von Wirtschaftsfachleuten 2,4%;
- wissenschaftliche und kulturelle Vorhaben 7,0%;
- Verbreitung von deutscher Sprache und Kultur in Polen 1,7%;
- Restaurierung von Kulturdenkmälern, Errichtung und Erhaltung von Gedenkstätten 19,2%;
- kirchliche und karitative Institutionen, Gesundheitswesen 39,9%.

Einige Regionen wurden von der Stiftung, mit Ausnahme der Hauptstadt sind dies hauptsächlich die West- und Nordgebiete, permanent mit übermäßigem Interesse bedacht.

Auch wenn die im Verhältnis zu den Möglichkeiten nachdenklich stimmende, anhaltende Präferierung von "Stein, Zement und Stahl" bedauert werden muß und die Ausgaben für Menschen und ihr Werk entgegen den deklarierten Absichten leider einen weiter hinten liegenden Platz einnehmen, hat die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in den zentral gelegenen Gebieten zweifellos sehr viel für die Vertiefung der deutsch-polnischen gutnachbarschaftlichen Beziehungen getan.

Aleksandra Trzcieliñska-Polus, Instytut l'ski, Opole (Oppeln)

Die polnisch-deutsche regionale und lokale Zusammenarbeit

27. Partnerschaftliche Kontakte zwischen Regionen, Städten und Gemeinden in Polen und in Deutschland haben in den neunziger Jahren einen ungewöhnlichen Aufschwung genommen. Die genaue Anzahl (ca. 400-500) ist schwierig festzustellen. Die Bundesrepublik ist das Land, mit dem Polen die meisten Partnerschaften unterhält. Für Deutschland steht Polen in diesem Bereich an dritter Stelle.

28. Bereiche der Zusammenarbeit sind: Jugendaustausch, Kultur, Sport und Tourismus, Um-

weltschutz, wirtschaftliche Aktivitäten, Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Förderung von lokaler Demokratie und lokaler Selbstverwaltung, Hilfe bei Katastrophen und Gefahren u.a.

29.Schwachstellen:

- Bislang fehlt es an Parität zwischen den zusammenarbeitenden administrativen Einheiten (Fläche, Einwohnerzahl, Zuständigkeitsbereiche);
- der polnische Partner war meist die nehmende, der deutsche die gebende Seite;
- es fehlt an Geldmitteln (auf beiden Seiten) zur Förderung der Zusammenarbeit;
- die Sprachbarriere;
- begrenztes Feld der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;
- der höchste Sättigungsgrad an partnerschaftlichen Kontakten im Westteil Polens (in Deutschland fehlt das Interesse an Regionen in Ostpolen).

30.Vorteile:

- Annäherung und gegenseitiges Kennenlernen der zusammenarbeitenden lokalen Gemeinschaften (Ausräumen von Vorurteilen und Stereotypen) Beitrag zum Aussöhnungsprozeß beider Völker;
- Kennenlernen des Partnerlandes (Art der Wirtschaftsführung, verbindliche Grundsätze und Vorschriften, Organisation des gemeinschaftlichen Lebens u.ä.);
- die Möglichkeit, von den positiven Erfahrungen des Partners zu profitieren;
- Förderung des Unternehmertums;
- Hilfe bei Naturkatastrophen (wie z.B. bei der Überschwemmung 1997).

31.Perspektiven:

- zunehmende Vergleichbarkeit der Partner nach der Durchführung der Verwaltungsreform in Polen;
- die Möglichkeit, bilaterale Partnerschaften in tri- und multilaterale Partnerschaften umzuwandeln;
- die Hilfe Deutschlands beim Kennenlernen der Funktionsweise der EU-Strukturen und die Möglichkeit, bei europäischen Institutionen und Programmen gemeinsam Subventionen zu beantragen;
- die Herausbildung proeuropäischer Einstellungen bei den Polen und der Überzeugung, daß die Osterweiterung der EU notwendig ist, bei den Deutschen.

Überlegungen zum deutsch-polnischen Jugendaustausch

32. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) müßte über finanzielle Stabilität und langfristig garantierte Finanzmittel für den Jugendaustausch verfügen. Die Regierungen sollten möglichst schnell ein Regierungsabkommen in diesem Bereich erzielen. Der Aufbau guter Nachbarschaft ist ein wichtiges politisches Ziel, und die Mittel für diesen Zweck sollten kein Problem sein.

33. Aus der bisherigen Praxis ergibt sich die Notwendigkeit, die Rechtsgrundlagen der Funktionsweise des DPJW zu modifizieren. Dies betrifft vor allem die Strukturen der Verwaltung, den Sitz der Organisation, die gemeinsame Entscheidungsfindung, den Status der Organisation im Hinblick auf die innerstaatlichen Vorschriften und die Vereinheitlichung des Gehaltssystems der Mitarbeiter.

34. In Polen müßten mehr Stellen mit pädagogisch ausgebildetem Personal eingerichtet werden, das im Bereich des internationalen Jugendaustauschs kompetent wäre. Handlungsbedarf besteht auch darin, daß Staatsbeamte, die sich mit der Problematik des internationalen Jugendaustauschs befassen, sachlich besser vorbereitet werden müßten.

35. Vieles spricht dafür, daß die polnisch-deutschen Begegnungen interkulturell sind und zur Abschaffung von Stereotypen beitragen. Allerdings gibt es bislang keinen unabhängigen soziologischen Bericht, der sich auf empirische Studien stützen würde, die diese positiven Effekte der polnisch-deutschen Jugendbegegnungen bestätigten. Solche Studien müßten in beiden Ländern gleichzeitig durchgeführt werden.

36. Auf deutscher und polnischer Seite sollte eine Vereinheitlichung der Zuständigkeit für den Schüleraustausch angestrebt werden. Außerdem sollten Schritte unternommen werden, um polnischen Schulen die Suche nach einer Partnerschule in Deutschland zu ermöglichen. Die Liste der nach einer Partnerschule in Deutschland suchenden Schulen wächst ständig an und umfaßt derzeit 240 polnische Schulen.

Das Programmangebot sollte auf Kontakte von jungen Menschen ausgedehnt werden, die einen Beruf erlernen. Nach Ansicht von Fachleuten erfreuen sich die Programme, die mit beruflicher Tätigkeit verbunden sind, großen Interesses. Bei ihrer Realisierung dürfte es kein Problem sein, den interkulturellen Zielen der Begegnungen zu entsprechen.

Krzysztof Malinowski, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Polnisch-deutsche und deutsch-polnische Gesellschaften

Zur Realisierung des ehrgeizigen Ziels, aus den Gesellschaften eine einflußreiche Lobby für

die polnisch-deutsche Verständigung zu machen, ist eine ganze Reihe von Schritten zur Optimierung der Tätigkeit der Gesellschaften und ihre Grundlage notwendig.

Eine politische Lobby könnte entstehen, wenn es den Gesellschaften gelingen würde, viele Entscheidungsträger auf Dauer und nicht auf der Grundlage sporadischer Teilnahme an Konferenzen und Seminaren einzubinden.

Es scheint aber, daß obwohl die Idee der Lobby in bezug auf die große Politik kaum greift, sie zumindest teilweise Berechtigung auf der gesellschaftlichen Ebene finden kann. Als ein grundlegendes Defizit der Gesellschaften kann die Tatsache gelten, daß sie zwar Kreise umfassen, die sich für die polnisch-deutsche Annäherung wirklich engagieren und freundschaftliche Kontakte herstellen, für die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen als Ganzes aber nicht unbedingt repräsentativ sind. Das Gewinnen neuer gesellschaftlicher Kreise und Gruppen für die Gesellschaften könnte ein wichtiger Impuls zu ihrer Aktivierung sein.

Die Schaffung von Landesverbänden hat einer solchen Entwicklung den Weg eröffnet. Während jedoch der Bundesverband in Deutschland, nach Ausbau der eigenen Position strebend, sich um die Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen Gliedern der Bewegung und gleichzeitig um die Einbeziehung vieler Akteure der polnisch-deutschen Beziehungen aus den verschiedenen Lebensbereichen (Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft) bemüht (neben Gruppen und Bürgerinitiativen können Privatpersonen, Firmen, Banken und Vereinigungen Mitglieder des Bundesverbands werden), wirkt der Landesverband in Polen derzeit paralysiert. Diese Lähmung soll unter anderem durch die Rückverlegung des Hauptsitzes nach Warschau und eine neue Arbeitsweise bekämpft werden.

Eines der möglichen Instrumente zur Belebung der Tätigkeit von Gesellschaften sowie ihrer Popularisierung könnte ihre Verknüpfung mit Städtepartnerschaften sein. Denn die Gesellschaften sind häufig nicht imstande, sich selbst zu finanzieren, und diese Sorgen dürften mit den anstehenden Kürzungen seitens der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zunehmen.

Einfluß und Bedeutung der Gesellschaften ließen sich außerdem über ein größeres Interesse für die polnisch-deutschen Beziehungen bei der Jugend erweitern. Zu diesem Zwecke müßte eine Zusammenarbeit mit dem Jugendwerk in die Wege geleitet und z.B. die Hilfe kompetenter Kenner der Problematik der polnisch-deutschen Beziehungen angeboten werden.

Die Tätigkeit der Gesellschaften, die sich hauptsächlich auf kulturelle Aktivitäten, Austausch, Konferenzen, Seminare, Organisation von Ausstellungen und Besuchen konzentrieren, müßte um neue Formen bereichert werden. Eine gute Lösung wäre es, wenn sie eine mehr praxisorientierte Tätigkeit aufnehmen würden, d.h. neben kulturellen Maßnahmen, gemeinsamen Projekten und Austausch auch umfassende Informationsveranstaltungen zu aktuellen Ereignissen

und Problemen in den polnisch-deutschen Beziehungen anbieten würden. Ein gutes Beispiel für ein solches Tätigkeitsprofil ist die gemeinsame polnisch-deutsche Zeitschrift "Transodra", die von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Brandenburg herausgegeben wird.

Chancen hätte in Polen auch eine Entwicklung, die die Gesellschaften mit der regionalen Bewegung verknüpft. Hier würden sich zwei Interessenrichtungen treffen. Initiativen, die sich auf die Region beziehen und dem Kennenlernen ihrer Vergangenheit im Zusammenwirken mit deutschen Partnern bei den Westgebieten ihres deutschen Erbes dienen, könnten mit dem Interesse an der Gegenwart, mit dem Kennenlernen des Volkes, das einmal Herr der Region war, seiner Erben und seiner heutigen Kultur verbunden werden. Die Verbreitung des Interesses an der regionalen Geschichte oder an der Vergangenheit einer Ortschaft und ihrer Umgebung könnte beim Aufzeigen der verwischten Spuren, die von der früheren Existenz von Slawen, Polen und Deutschen zeugen, neben dem Erkenntniswert für die lokalen polnischen Eliten zu einem wichtigen Faktor des "kulturellen Einlebens" werden, also zu einem wichtigen Faktor eigener regionaler Identität oder des Gefühls des Verwurzeltseins, das den neuen polnischen Bewohnern dieser Gebiete nach dem Krieg fremd war.

Die Tätigkeit der Gesellschaften im letzten Jahrzehnt verdient eine positive Einschätzung, trotz eines gewissen rückläufigen Interesses, neue Gesellschaften zu gründen. Die vielen stabilen Kontakte und partnerschaftlichen Bindungen sind nämlich das Verdienst der Gesellschaften, die als wichtiger Faktor der polnisch-deutschen Verständigung bezeichnet werden können.

V. Chancen und Probleme der Wirtschaftsbeziehungen

Piotr Kalka, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Der Warenaustausch Polens mit dem vereinigten Deutschland

Die grundlegende Aufgabe, vor der Polen im Bereich des polnisch-deutschen Handels steht, ist die Eliminierung einer ganzen Reihe von (aus polnischer Sicht) negativen Merkmalen: der quantitativen und qualitativen Asymmetrie, der starken Abhängigkeit polnischer Exporte von den Konjunkturschwankungen des deutschen Marktes, der niedrigen Intensität des Branchenhandels sowie einer negativen (1996 und 1997) Handelsbilanz der polnischen Seite. Diese negativen Eigenschaften des Warenaustauschs resultieren aus der Schwäche der polnischen Wirtschaft sowie aus dem relativ niedrigen ökonomischen und technischen Entwicklungsstand Polens.

Die Abschaffung dieser Merkmale kann folglich nur durch umfassende Aktivitäten geschehen, die auf die Modernisierung der polnischen Wirtschaft abzielen, durch direkte sowie indirekte Aktivitäten.

Direkte Aktivitäten wären: die Größenordnung und Effizienz der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen sowie ausländische Quellen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (internationale Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung und direkte ausländische Investitionen) umfassend zu nutzen.

Eine indirekte Aktivität wäre die Fortführung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die 1989 in Angriff genommen wurden. Angesichts der grundlegenden Unterschiede im wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsgrad der Bundesrepublik und Polens können diese Aktivitäten erst langfristig Wirkung zeigen. Folglich werden die negativen Merkmale des polnisch-deutschen Warenaustauschs noch für Jahre erhalten bleiben.

Ilona Romiszewska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Deutsche Direktinvestitionen in Polen

Die Investoren aus der Bundesrepublik standen nach der Summe der in Polen investierten Mittel in der zweiten Hälfte 1998 an zweiter Stelle (Anteil von 14% in der Gruppe von Investitionen über 1 Mio. USD), dafür aber lagen sie auf Platz 1 (22%) bei Firmen mit ausländischer Beteiligung. Außerdem sind in verschiedenen Branchen sogar 7.000-8.000

"Kleininvestoren" tätig. Typisch ist die geringe Anzahl der sogenannten Greenfield-Investitionen. In verschiedenen Rankinglisten tauchen keine Firmen mit deutschem Kapital auf, schon gar nicht in solchen, die sich auf Indikatoren stützen, die die Entwicklungsdynamik berücksichtigen. Der größte deutsche Investor, Metro (400 Mio. USD), baut ein Supermarktnetz auf. Unter den 100 größten ausländischen Investoren waren nur 16 deutsche Firmen zu finden, darunter nicht weniger als fünf Banken. Die sich in Polen niederlassenden deutschen Firmen gehören auch nicht zu den größten Arbeitgebern, ebensowenig sind sie unter den Firmen mit den größten Gewinnen vertreten. Besonders wichtig ist, daß in ihrem Umfeld keine Labors sowie Forschungs- und Projektstätten entstehen. Beiersdorf hat z.B. die Produktion und Beschäftigung in Lechia beträchtlich reduziert und eigene Produkte auf den Markt gebracht.

Es stimmt nachdenklich, daß Polen es bis jetzt nicht geschafft hat, deutsche Investoren stärker für sich zu interessieren. Als grundlegende Faktoren sollten unter anderem rechtliche Beschränkungen erwähnt werden wie auch vor allem die irritierende Rücknahme von bereits vom Sejm verabschiedeten Gesetzen (Gesetz über die Gründung von Bausparkassen).

Positiv muß dagegen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Europa-Abkommens und den Verpflichtungen Polens gegenüber der OECD die Tendenz beurteilt werden, die Rechte der heimischen und der ausländischen Investoren anzugleichen. Polen steht auch in der Pflicht, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Firmen auf dem europäischen Markt dadurch abzusichern, daß es ihre Aktivitäten als Investoren und Händler unterstützt.

VI. Dialog und Kompromiß □ Annäherungen

Danuta Berliñska, Instytut □l'ski, Opole (Oppeln)

Die deutsche Minderheit in Polen

Die Hauptprobleme der deutschen Minderheit in Polen sind:

- abnehmende Unterstützung bei den Parlamentswahlen und das Unvermögen, eine gesellschaftliche Basis wiederaufzubauen, die infolge natürlicher demographischer Prozesse schwindet.
- Die sozial-kulturellen Gesellschaften der Deutschen haben sehr geringe Möglichkeiten, für die junge Generation attraktiv zu sein. Geringe Aktivität im Bereich der Verbreitung von deutscher Kultur und die starke Dominanz von aus der Vergangenheit stammenden Elementen der Kultur stärken zwar die Indentifikationskraft der älteren Generation, stellen jedoch gleichzeitig kein attraktives Angebot für eine deutsche Identität der nachfolgenden Generationen dar.
- Gegenwärtig besteht in den von Deutschen bewohnten Gebieten allgemein die Möglichkeit, die deutsche Sprache an öffentlichen Schulen zu erlernen, allerdings gestatten es die fehlenden Unterrichtsprogramme für Deutsch als Muttersprache sowie das niedrige Niveau des Sprachunterrichts an den Grundschulen nicht, bei der Aneignung der Inhalte der deutschen Kultur jene Barriere zu überwinden, die mangelnde Sprachkompetenz bildet.
- Die Entwicklung der deutschen Minderheit in Polen hängt hauptsächlich von der Aktivität ihrer Mitglieder ab. Die Aktivisten der Minderheit verbinden ihre Hoffnung auf die Überwindung der Folgen des langjährigen Assimilationsdrucks und die Stärkung deutscher Indentität mit den Garantien des Gesetzes über nationale Minderheiten, das dem Sejm vorgelegt worden ist.
- Die Akzeptanz der deutschen Minderheit durch die Polen ist in dem Kampf um den Erhalt der Wojewodschaft Oppeln durch die Äußerungen von Erika Steinbach vorübergehend geschwächt worden.

Christoph von Marschall, "Der Tagesspiegel", Berlin

Polen in Deutschland

Weit mehr Polen in Deutschland meinen sich auf den Vertrag berufen zu können, als von ihm tatsächlich betroffen sind: nämlich nicht nur die Genannten mit deutschem Paß, sondern auch die womöglich größere hier lebende Gruppe mit polnischer Staatsangehörigkeit. Um so drin-

gender ist es, daß die Politik ihre Absicht, auch diesen Polen in Deutschland die Vertragsrechte zuzugestehen, wahrmacht.

Es besteht eine große Kluft zwischen der Erwartung der Betroffenen, was der deutsche Staat auf öffentliche Kosten zu organisieren habe, und der Wirklichkeit. Die Bereitschaft, selbst tätig zu werden und private Mittel zu organisieren, ist gering.

Die Polen in Deutschland sind keine selbstbewußt auftretende Gruppe. Ihre Selbstorganisation ist unzureichend, sie sind zersplittert und zerstritten. Das macht es für sie schwierig, als schlagkräftige Lobby aufzutreten.

In der deutschen Öffentlichkeit ist das Bewußtsein noch völlig unterentwickelt, welche Rolle Polen als großer Nachbar im Osten nach dem Ende der Blockbindung für Deutschland und in Europa spielen wird. Entsprechend wird auch die Bedeutung der Polen in Deutschland und ihre Kultur und Sprache unterschätzt.

Empfehlungen an die Polonia-Organisationen

- Einfordern, was man für nötig erachtet, aber mit Augenmaß. Man kann nicht gleich von Vertragsbruch reden, wenn ein Antrag auf freiwilligen finanziellen Zuschuß nicht genehmigt wird.
- Warum nicht einmal ein Gerichtsverfahren, wenn die Polonia sich systematisch um Rechte betrogen fühlt? Das klärt die Lage für beide Seiten. Es rückt Erwartungen zurecht. Und es sorgt für Öffentlichkeit.
- Die Polonia darf nicht nur sagen, was sie denn gerne so alles hätte von Bund und Ländern, sondern muß auch überlegen, was davon im Interesse des deutschen Staates liegt. Mir scheint: alles, was der Integration dient (nicht der Assimilation), wo Deutsche und Polen gemeinsam etwas tun. Ein abgesonderter polnischer Muttersprachunterricht am Nachmittag ohne Deutsche gehört nicht dazu, wohl aber ein gemeinsamer Polnischunterricht, wie generell ein verstärktes Polnischangebot an den Schulen.
- Schiefe Vergleiche schaden der Glaubwürdigkeit. Die richtige Parallele zu Bundesmitteln für die deutsche Minderheit in Polen (zuletzt über 20 Mio. DM im Jahr) sind nicht Bundesmittel für die Polen in Deutschland, sondern Gelder des polnischen Staates oder Bundesmittel in der Größenordnung, in der Warschau die deutsche Minderheit fördert. Ein schiefer Vergleich ist auch der Hinweis auf den speziellen Sprachunterricht für Migranten aus den Anwerbeländern. Er soll der Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimat dienen. Will die deutsche Polonia zurück nach Polen?
- Auch angesichts des Zustands der öffentlichen Finanzen muß Selbstfinanzierung das Prinzip sein. Wenn es stimmt, daß 800.000 oder 1 Million oder gar 2 Millionen Menschen hier leben, die als Polen nach dem Bekenntnisprinzip angesehen werden können, und daß sie alle, wie die Polonia-Organisationen behaupten, diese kulturellen oder politischen Wünsche haben: Würde jeder von ihnen auch nur 1 DM im Monat spenden, dann kämen

wir auf Summen von 9,6 bis 24 Mio. DM jährlich. Damit ließen sich die Wünsche leicht befriedigen. Selbst wenn nur jeder zweite diese kleinen Beträge zu zahlen bereit wäre, blieben 4,8 bis 12 Mio. DM jährlich weit mehr, als die Polonia zur Finanzierung ihrer heutigen Anliegen veranschlagt.

Andrzej Gra, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)

Eigentumsprobleme in Polens West- und Nordgebieten[2]

37. Die Eigentumsfrage bei Immobilien in West- und Nordpolen kann nicht losgelöst von den Fragen nach Ursache, Verlauf und Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs betrachtet werden.

38. Die Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung war eine Folge der Grenzverschiebung. Sie geschah nicht nur in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, sondern stellte geradezu seine Auslegung dar. Die Beschlagnahme deutschen Besitzes in den Polen zugeschlagenen Gebieten geschah ebenfalls in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen und stellte ihrerseits eine natürliche Konsequenz des Transfers der deutschen Bevölkerung dar.

39. Für die Möglichkeit der Entschädigung der deutschen Bevölkerung, die früher die polnischen West- und Nordgebiete bewohnte, gibt es keine gesetzliche Grundlage. Aus politischer Sicht könnte dadurch die Frage der Entschädigung der polnischen Bevölkerung auf die Tagungsordnung gesetzt werden, die vor dem Zweiten Weltkrieg die Gebiete bewohnte, die später in die UdSSR eingegliedert wurden.

40. Geht es um den europäischen Kontext des erwähnten Problems, so müssen zwei Sachverhalte streng unterschieden werden: die Frage nach der Rückgabe des konfiszierten Besitzes, die grundsätzlich nicht in die Kompetenz der Europäischen Union fällt, sowie die Frage des Erwerbs von Grund und Boden aufgrund der Realisierung von Freiheiten des Binnenmarktes. In dem letztgenannten Fall wird es künftig grundsätzlich nicht möglich sein, daß Ausländer aus anderen EU-Ländern in Polen diskriminierende Behandlung erfahren.

2 Die Darstellung des Referenten zur Rechtsgrundlage der Zwangsaussiedlung (Vertreibung) der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und zur Eigentumsproblematik stieß in wissenschaftlicher und kulturhistorischer Hinsicht auf starken Widerspruch von deutschen Konferenzteilnehmern, die in diesem Vortrag eine Gegenüberstellung divergierender polnischer und deutscher Rechtsauffassungen vermißten. (Dieter Bingen)

Zbigniew Czachór, Uniwersytet im. Adama Mickiewicza, Poznañ (Posen)

Doppelte Staatsbürgerschaft eine Chance für multiethnische Gesellschaften?

Polnischer Kontext

In Polen gilt der Grundsatz der ausschließenden Staatsbürgerschaft. Im Sinne dieses Grundsatzes kann ein polnischer Staatsbürger nicht als Bürger eines anderen Staates anerkannt werden. Dies heißt in der Praxis, daß die Respektierung einer weiteren Staatsbürgerschaft eines polnischen Staatsbürgers verboten ist. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es polnischen Staatsbürgern verboten ist, die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates zu besitzen. Mit anderen Worten: Ein polnischer Staatsbürger darf die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates besitzen, kann sich aber gegenüber polnischen Behörden (im In- und Ausland) nicht wirksam darauf berufen und von diesen verlangen, als Staatsbürger eines anderen Landes behandelt zu werden.

Dieser Grundsatz ist sehr wichtig, insbesondere wenn es um Vertreter der deutschen Minderheit in Polen geht, die sehr häufig einen polnischen und einen deutschen Paß besitzen.

Die polnischen Behörden tolerieren die doppelte Staatsbürgerschaft ohne irgendwelche diesbezüglichen (innenpolitischen und internationalen) Regelungen.

Die alternativen Lösungen für die Zukunft heißen: entweder Verabschiedung eines Gesetzes oder einer internationalen Übereinkunft, die die doppelte Staatsbürgerschaft regelt, oder Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft per Gesetz.

Deutscher Kontext

Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde nicht zum Anlaß genommen, die Probleme, die mit der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft zusammenhängen, zu regeln. Die Anhänger des Verzichts auf den in Deutschland angewendeten Grundsatz des "ius sanguinis" (Abstammungsprinzip) sind die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP.

Der Wahlsieg der SPD und der Grünen hat die Chance eröffnet, daß die dritte Generation der Ausländer, die in der Bundesrepublik geboren sind, die Staatsbürgerschaft eventuell automatisch erwerben.

Es gibt auch Vorschläge, den Anspruch auf deutsche Staatsbürgerschaft nach acht Jahren Aufenthalt im Lande zu gewähren. In diesem Kontext ist die Frage der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an in Deutschland lebende Polen wichtig.

Durch die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an Ausländer, darunter Polen, die in

Deutschland leben, kann sich die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Problems der doppelten Staatsbürgerschaft in der Bundesrepublik ergeben.

Außerdem könnte die polnische Seite die eventuelle Aufhebung des Artikels 116 des Grundgesetzes oder die Einschränkung des Kreises der "Deutschen" in der Verfassung auf die Bewohner des vereinigten Deutschland zur Sprache bringen, unter dem Vorbehalt einer vereinfachten Einbürgerung von Personen, die nach Deutschland umsiedeln. Bei praktischen Fragen erfordert insbesondere das Problem der Ableistung des Wehrdienstes bei der Bundeswehr von Deutschen nach Art. 116 GG, die ihren ständigen Wohnsitz in Polen haben und unter dem Gesichtspunkt des deutschen Rechts doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, eine schnelle Regelung.

Markus Mildenberger, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Neue Rolle und Aufgaben der Vertriebenen und ihrer Nachkommen

Die Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik und der DDR konnte schon Ende der sechziger Jahre als abgeschlossen gelten. In ihrer Haltung zu Polen, die das ganze Meinungsspektrum abdeckt, unterscheiden sich die Vertriebenen als einzelne nicht von der restlichen Bevölkerung.

Vielfältige positive Kontakte auf der persönlichen Ebene haben es insgesamt aber nicht vermocht, daß "Negativimage" der Vertriebenen in Polen, aber auch in Deutschland zu überwinden. Als "Brücke" werden die Vertriebenen nicht akzeptiert. Dies hängt vor allem mit der kompromißloseren Haltung der Vertriebenenverbände in der Politik gegenüber Polen zusammen.

Das Vertriebenenproblem hat in Deutschland längst an Bedeutung verloren. In Polen dagegen hat der schwierige Prozeß der Aufarbeitung des jahrzehntelang herrschaftsstabilisierenden "Antigermanismus" erst begonnen.

Die zentralen Forderungen der (organisierten) Vertriebenen sind:

41. die Übernahme der rechtlichen, vor allem aber moralischen Verantwortung für die Vertreibung durch die Vertreiberstaaten. Zwar liegt die rechtliche Verantwortung für die Vertreibung bei den Teilnehmern der Potsdamer Konferenz, Polen trägt jedoch die Verantwortung für die inhumane Durchführung der Vertreibung und ihre spätere ideologische Legitimation durch die verfälschende These von den "wiedergewonnenen Gebieten". Die Anerkennung des Vertreibungsunrechts ist die legitimste Forderung der Vertriebenen.
42. die Kompensation aus Punkt 1 abgeleiteter Ansprüche durch die Verwirklichung des "Rechts auf Heimat". Dieses geht weit über die Gewährung der EU-Grundfreiheiten hinaus und bedeutet im Idealfall Rückgabe und Entschädigung. Diese Forderung dient nicht der Verständigung und stärkt nur populistische Kräfte in Deutschland und Polen, die die "deutsche Karte" zu spielen versuchen.

Eine Aufnahme der Vertriebenenforderungen durch die deutsche Außenpolitik liegt nicht im deutschen Interesse. Sie gehören auch nicht in die EU-Beitrittsverhandlungen, wie von den Vertriebenen gefordert. Von dieser Diskussion würden in erster Linie die Erweiterungsgegner profitieren.

Um einen Rückfall in Zeiten des deutsch-polnischen Antagonismus zu verhindern, müssen Politik und Öffentlichkeit mißverständliche Forderungen couragierter als bisher zurückweisen.

Die Vertriebenen halten die wertvolle Erinnerung an ihre Heimatgebiete im ehemaligen Osten Deutschlands wach und sind damit auch Ansprechpartner für Polen, welches sein Geschichtsverständnis von ideologischem Ballast befreien muß und seit 1945 die Geschichte dieser Gebiete weiterschreibt.

Ein problemloser und produktiver Umgang zwischen deutschen Vertriebenen und Polen könnte ein Vorbild sein für das noch weitaus konfliktbeladenere Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern.

VII. Zusammenfassung: Bilanz, Perspektiven, Entwicklungswege

Anna Wolff-Powêska, Instytut Zachodni, Poznañ (Posen)
Eberhard Schulz, Poznañ (Posen)

Deutsche und Polen an der Jahrhundertwende

Der Demokratisierungsprozeß in Mitteleuropa hat neben allen Bereichen des innenpolitischen Lebens auch das Feld der internationalen Beziehungen erfaßt. Mit dem Erlangen der vollständigen Souveränität verschwand für Deutschland und Polen der Zwang zur Feindseligkeit in den gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und Gesellschaften. Die neue Qualität der Nachbarschaft wird durch völlig andere Bedingungen und Verhältnisse bestimmt als zuvor.

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Befreiung der Ostdeutschen sowie der Polen von der kommunistischen Diktatur bedeuten für beide Länder eine neue Qualität der Grenze, die nun zwei gleichberechtigte, freie Völker verbindet. Deutsche und Polen repräsentieren nicht mehr die Frontstaaten zweier verschiedener ideologisch-militärischer Blöcke. In allen Lebensbereichen wird Zusammenarbeit praktiziert, und die Grenzregionen sind zu einem Terrain für neue Kooperationsformen geworden, die auf demokratischen und marktwirtschaftlichen Grundsätzen basieren. Die Tatsache, daß die Gesellschaft in Polen ebenso wie die in den neuen Bundesländern zum selben Zeitpunkt eine Transformation aller Lebensbereiche erlebt, bringt aber auch viele Probleme hervor. Die Aufmerksamkeit der Politiker sowie der Gesellschaft konzentriert sich auf existentielle Fragen. Die komplizierte Wirklichkeit des zu Ende gehenden Jahrhunderts drängt die Außenpolitik und damit Fragestellungen, die mit den internationalen Beziehungen zusammenhängen, in den Hintergrund. Politiker werden nicht für Erfolge oder Versäumnisse in der Außenpolitik gewählt bzw. abgewählt, sondern für gehaltene Versprechen oder enttäuschte Erwartungen in dem Bereich, der die Wähler am meisten berührt, nämlich bei der Schaffung von Voraussetzungen, die Sicherheit gewährleisten. Diese Aufgabe ist angesichts der allumfassenden Umgestaltung sowie Globalisierung ungeheuer schwer zu realisieren.

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 hat die Etappe zwischen beiden Nachbarn abgeschlossen, in der grundsätzliche Fragen strittig waren, und hat auf einer neuen Grundlage einen Rahmen für allseitige Kooperation geschaffen und somit der Annäherung beider Völker eine historische Chance eingeräumt. Die Bestimmungen des Vertrags dienten vielen Initiativen und Aktivitäten in der grenzüberschreitenden, interregionalen und branchenübergreifenden Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen als Quelle. In den Artikeln 20 und 21 sowie in den Briefen zum Vertrag

haben beide Außenminister an die Notwendigkeit erinnert, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebenden Polen und die deutsche Minderheit in Polen mit besonderer Fürsorge zu bedenken. Zu diesem Zwekke setzte der polnische Ministerrat die Kommission für nationale Minderheiten ein. Die besonders neuralgischen Probleme ließ der Vertrag hingegen aus. Beide Seiten erklärten übereinstimmend, daß der Vertrag sich nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und mit Vermögensfragen befaßt.

Die Aussicht auf den EU-Beitritt Polens bietet die Chance, daß Polen und Deutsche zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Rahmen eines im institutionellen, strukturellen und ideologischen Sinne gemeinsamen politischen Systems zusammenleben. Beide Gesellschaften werden gleichermaßen auf einen Teil ihrer nationalen Souveränität verzichten müssen. Dies dürfte mit Sicherheit eine bessere Garantie sein, Antagonismen vor nationalem Hintergrund zu vermeiden, die in der Vergangenheit hauptsächlich für Konflikte sorgten, und bietet bessere Chancen für eine dauerhafte, friedliche polnisch-deutsche Nachbarschaft. Im Zuge der Vorbereitung beider Gesellschaften auf diese wichtigen Veränderungen sowie der Diskussion um die künftige Mitgliedschaft treten viele Probleme zutage, die für zahlreiche Kontroversen sorgen. Sie erfordern viele Verhandlungsrunden und die Suche nach Kompromißvorschlägen und -lösungen.

Beide Gesellschaften erlernen Partnerschaft vor dem Hintergrund tiefgehender innenpolitischer und internationaler Veränderungen. Deutschland ist heute Träger von Stabilität und Sicherheit in Europa. Dem Land ist es zum ersten in der Geschichte gelungen, die Widersprüche zu überwinden, die über seiner Vergangenheit lasteten:

43. den Widerspruch zwischen Geographie und Politik: Die größte Anzahl von Nachbarn und die zentrale Lage auf dem alten Kontinent müssen nicht mehr als Argument für das Ausbrechen aus der Enge des Raumes und der Umgebung herhalten, sondern stellen Trümpfe dar, mit denen die Rolle der Brücke ausgeübt und die Zusammenarbeit mit allen Nachbarn vertieft werden kann;

44. den Widerspruch zwischen Freiheit und Einheit: Die Vereinigung Deutschlands fand unter Bedingungen der Demokratie und Freiheit statt. Diese Tatsache ging weder mit Eruptionen von Nationalismus noch mit dem Glauben an eine Mission in der Welt einher;

45. den Widerspruch zwischen liberaler Demokratie und Nationalstaat: Daher wurde der vereinigte deutsche Staat zum Katalysator der Integrationspolitik in Europa, präsentierte sich den Nachbarn als Gelegenheit, das sogenannte deutsche Problem nicht mehr zu fürchten.

Dieses Problem, das jahrzehntelang eine Quelle der Beunruhigung für die Nachbarn Deutschlands war, ist heute hauptsächlich eine innerdeutsche Frage. Deutschland schreitet ins 21. Jahrhundert mit einem Defizit an innerer Einheit. Ein grundlegendes Problem der

Bundesrepublik wird die Überwindung der Begleiterscheinungen der Vereinigung Deutschlands und die Vollziehung der inneren Einheit bleiben. Eine wichtige Aufgabe ist nach wie vor, mit dem Gefühl geistiger Heimatlosigkeit der Ostdeutschen fertigzuwerden und ihnen Bedingungen zu schaffen, unter denen sie der ideologischen Leere entkommen können. Andernfalls ist mit zunehmendem Unwillen in bezug auf den Staat und die gesamte westliche Zivilisation zu rechnen. Die Folge einer solchen Einstellung kann ein Erstarken von politischem Extremismus sein, sowohl seitens der Rechten als auch der Linken, was das internationale Umfeld der Bundesrepublik nicht unberührt lassen dürfte. Von der Stabilität und dem gleichmäßigen Tempo der Reformen hingegen hängt die Wahrnehmung Polens in den EU-Staaten ab, vor allem bei dem nächsten westlichen Nachbarn. Es ist nicht auszuschließen, daß mit Verstärkung von negativen Begleiterscheinungen der Reformen nationalistische Emotionen gegenüber kaltem Rationalismus die Überhand gewinnen. Aus diesem Grunde muß die Grundlage der Verständigung und das Netz der deutsch-polnischen Verflechtungen so fest sein, daß vorübergehende antideutsche Stimmungen die Verständigung nicht beeinträchtigen könnten.

Die Mitgliedschaft Polens in der NATO verändert das Sicherheitsbewußtsein der Bürger und den Stellenwert das Landes in Europa diametral. Mit der Einbindung Polens in das euroatlantische Sicherheitssystem wurde das alte Bedrohungssyndrom begraben, das auf der Überzeugung beruhte, jedes deutsch-russische Abkommen müsse negative Folgen für Polen haben. Die neue geopolitische Lage schafft die Möglichkeit, die polnisch-deutsche militärische Zusammenarbeit zu vertiefen, gibt den Polen das Gefühl der Sicherheit und mobilisiert sie zugleich für eine umfassende Kooperation mit den östlichen Nachbarn. Das heißt, daß die Aufmerksamkeit der Polen nicht mehr mit derselben emotionalen Intensität wie früher auf Deutschland als Staat und Gesellschaft konzentriert ist. Denn das Hauptziel ihrer Bestrebungen ist erreicht.

Polen und Deutsche dürften in nächster Zukunft in immer größerem Grade nicht mit spezifisch polnisch-deutschen Problemen, sondern mit Herausforderungen konfrontiert werden, die ganz Europa, wenn nicht sogar die ganze Welt betreffen. Neben den Lasten, die beide Gesellschaften in das neue Jahrhundert mitbringen, ergeben sich viele Schwierigkeiten aus objektiven externen und globalen Bedingungen. Sie hängen mit der Krise des Sozialstaates zusammen. Das, was bis vor kurzem die Stärke der liberalen Demokratie ausmachte, ist heute eine bedrohliche Herausforderung. Der Staat hat zu viele Interessen zufriedenzustellen, während seine Mittel beinahe ausgeschöpft sind. Politik ist zu einem großen Markt geworden, auf dem zu hohe Erwartungen und Forderungen zur Blockade vieler Reformen führen. Heute ist nicht die Größe des Volkes das größte Problem, sondern die Frage, was zu tun ist in einer Situation, in der die Steuerungsmöglichkeiten des Staates bei vielen Prozessen überaus begrenzt sind und es auf der globalen Ebene noch keine vernünftige

Alternative gibt. Die politischen Parteien stehen der Arbeitslosigkeit und der Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen hilflos gegenüber, während die Möglichkeiten, Individuen und gesellschaftliche Kräfte über den Nationalstaat zu integrieren, schwinden. Für Deutsche und Polen heißt das, partikuläre Interessen zugunsten des Allgemeinwohls sowie einer neu definierten Solidarität aufzugeben und eine kollektive Identität oberhalb und unterhalb der Ebene des Nationalstaates herauszubilden.

Die Bilanz der polnisch-deutschen Zusammenarbeit für das letzte Jahrzehnt fällt positiv aus. In diesem Zeitraum ist die spektakulärste Wende in der tausendjährigen Geschichte der Nachbarschaft erfolgt. Die Tatsache jedoch, daß sie geschah, als revolutionäre Veränderungen nicht nur in Polen und in der Bundesrepublik, sondern auch im gesamten internationalen Umfeld stattfanden, hatte recht viele Probleme zur Folge, zu deren Bewältigung eine riesige, konsequente und koordinierte Anstrengung der Eliten sowie der breiteren Massen unabdingbar ist. In der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen kommt eine durch die unterschiedliche Größe beider Länder, das unterschiedliche Bevölkerungs- und Wirtschaftspotential sowie die unterschiedliche zivilisatorische Entwicklung bedingte Ungleichheit zum Vorschein. Daraus resultieren vielfältige Konsequenzen, die in Disproportionen zum Ausdruck kommen:

- zwischen Interesse und Wissen: Der schwächere Partner legt ein größeres Interesse und größeres Wissen über seinen nächsten Nachbarn an den Tag als umgekehrt;
- bei der Finanzierung von verschiedenen Formen der Zusammenarbeit, von Aktivitäten und Initiativen;
- zwischen Traditionen und Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit;
- zwischen Institutionen und der Vorbereitung von Beamten auf konkrete Aufgaben;
- im Fehlen föderalistischer Traditionen in Polen (Nach der Verwaltungsreform in Polen und der Delegierung vieler Kompetenzen der zentralen Behörden nach unten zeichnet sich real die Chance einer besser koordinierten Zusammenarbeit zwischen den 16 Bundesländern und den 16 polnischen Wojewodschaften ab).

Die Allgegenwart dieser Ungleichheit, mit der in Polen die meisten Unzulänglichkeiten und Defizite der Zusammenarbeit erklärt werden, ist allerdings eine objektive Tatsache, mit der man leben muß. Sie kann weder als Schicksal noch als geopolitische Bestimmung und noch weniger als Rechtfertigung für Passivität betrachtet werden. Diese Asymmetrie muß bewußt als eine Herausforderung angegangen werden, die den Schwächeren zu einer größeren Anstrengung und positivem Tun verpflichtet. Innerhalb von zehn Jahren sind Disproportionen, die auf eine jahrhundertelange unterschiedliche historische Entwicklung beider Staaten zurückgehen, allerdings nicht zu überwinden.

Wichtig wäre, daß die Polen nicht in die Falle historischer Interpretation geraten. Im letzten Jahrhundert trug zunächst die Politik des Dritten Reichs, dann des polnischen kommunistischen Staates dazu bei, daß sich die Disproportionen in der Entwicklung beider Völker und Staaten erheblich vertieften. Es ist zwar völlig legitim, sich auf das geschichtliche Unrecht zu berufen, das von den Deutschen begangen wurde, jedoch wäre eine solche historische Argumentation als Rechtfertigung für eigene Schwäche oder Versäumnisse ein kurzsichtiges und demobilisierendes Unterfangen.

Polen hat heute einen deutschen Staat mit einer neuen Hauptstadt Berlin – zum Nachbarn. Dort herrscht eine rot-grüne Koalition und eine Generation, die im Wohlstand der Bundesrepublik aufwuchs. Aus dieser Tatsache ergeben sich bestimmte psychologische, gesellschaftliche und politische Konsequenzen. Denn es handelt sich um eine Generation, die ihr Land ohne die Bürden der alten Hypothek in das neue Jahrhundert einziehen lassen will, die von der Geschichte unbelastet ist. Die 1998 von Ignatz Bubis und Martin Walser ausgelöste Debatte um das historische Bewußtsein zeigt, wie unterschiedlich die Einstellungen der deutschen Gesellschaft hinsichtlich des Erinnerns an den Hitlerfaschismus sowie der Frage sind, wie es gepflegt werden soll. Diese Diskussion hat auch bewußt gemacht, wie unterschiedlich deutsche "Normalität" wahrgenommen wird. Was bedeutet heute ein "normales Volk" und ein "normaler deutscher Staat"? Für die einen soll die neue Berliner Republik einen Neuanfang bedeuten, für Menschen mit Verantwortungsgefühl soll sie die Summe der Stärken und Schwächen Deutschlands, seiner Gegenwart und seiner Vergangenheit darstellen.

Das Zusammentreffen einiger Ereignisse Regierungsumzug, Mythos der Berliner Republik, die Außenpolitik der neuen Regierung, die, frei von gefühlsmäßigen Rücksichten, von Eigeninteressen bestimmt ist, sowie die Debatte um das Mahnmal für die Opfer des Holocaust, die für viele Emotionen sowohl unter Deutschen als auch den Überlebenden der Vernichtungspolitik des Dritten Reichs sorgte löste eine gewisse Unruhe unter den Nachbarn Deutschlands aus, darunter auch bei den Polen. Es kamen Zweifel auf, ob die neue Regierung der Versuchung erliegen wird, den bisherigen Kurs aufzugeben und dem historischen Gedenken zu entfliehen. Die Einstellung der Deutschen zum Nationalsozialismus war in den Augen der Außenwelt stets der Prüfstein für ihre politische Moralität, innere Freiheit und Zuverlässigkeit nach außen. Die Debatte über die Vergangenheit fiel zeitlich mit den Forderungen von Opfern des Zweiten Weltkriegs, für die Zwangsarbeit im Dritten Reich entschädigt zu werden und geraubte Kulturgüter zurückzugeben, und den Forderungen der Opfer von Zwangsaussiedlungen und Funktionären des Bundes der Vertriebenen zusammen, für das im Osten verlorengegangene Hab und Gut entschädigt zu werden.

Obwohl seit Kriegsende mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, gewinnt dieses

Problem erneut an Aktualität, und zwar unter mehreren Aspekten. Das Wissen über die verbrecherische Politik des Dritten Reiches ist groß. Die nächsten Jahre dürften aber höchstwahrscheinlich nicht von der Diskussion bestimmt sein, wie dieses zu mehren, sondern wie damit zu verfahren sei, wie es an die nächsten Generationen weitergegeben und wie es genutzt werden soll, damit daraus Lehren und politische Weisheit für die Zukunft resultieren. Die Generation der direkten Zeugen der Verbrechen sowie der Opfer tritt von der Bühne des Lebens ab; die einen wie die anderen wollen noch schnell mit der Vergangenheit abrechnen.

Die ersteren suchen nach einer letzten Erklärung für ihre Taten, ihr Schweigen, ihre Passivität. Den anderen bietet sich die letzte Chance, für erfahrenes Unrecht eine materielle Kompensation zu bekommen. Eine Welle neuer gegenseitiger Forderungen wird in Gang gesetzt, geschürt von der Generation der Kinder und Enkelkinder. Die Versuche einerseits, sich der Verantwortung zu entziehen, und die Unmöglichkeit andererseits, begangenes Unrecht nach mehr als fünfzig Jahren wiedergutzumachen, schaffen ein besonders schwieriges Problem. Dies kann leicht zum Nährboden für nationalistische Gruppierungen beiderseits der Grenze werden, die dieses Thema gern als antagonistisches Element nutzen werden.

Die historische und politische Debatte gewinnen an der Schwelle eines neuen Jahrhunderts allein dadurch an Dimension, daß die Themen "Verbrechen des Zweiten Weltkrieges" und "Zwangsvertreibungen" heute von den Polen und Deutschen als souveränen und freien Völkern diskutiert werden. Sie blicken vom Standpunkt der heutigen Realität aus zurück und beurteilen die Vergangenheit nach den Normen und Kriterien von Demokratie und Liberalismus. Diese verpflichten dazu, den gestrigen Feind nach demselben Katalog von Werten und Prinzipien zu beurteilen, nach dem wir uns selber einschätzen. Eine Ausdehnung des Bereichs von Forderungen führt nirgendwohin. Darum müssen für Länder, die sich täglich auf die europäischen Werte berufen, europäische Normen gelten. Stiftungen und Vereine, die unter europäischem Schild firmieren, könnten die Verantwortung für die Erhaltung und Zugänglichkeit von Kunstwerken übernehmen, die sich infolge von Kriegsgeschicken jenseits des Zugriffs ihrer Besitzer befinden.

In 20 Jahren werden weder die Täter noch die Opfer von Kriegsverbrechen unter den Lebenden sein. Darum bleibt die grundsätzliche Frage bestehen, welches Wissen und in welcher Form wir den nachfolgenden Generationen vermitteln wollen. In den polnisch-deutschen Beziehungen ist dies keine Bagatellfrage. Die Erpressung von jungen Deutschen zur Verantwortung für die Nazivergangenheit sowie zu Schuldgefühlen in jeder wie auch immer gearteten Form kann sich als eine Herausforderung an das Schicksal und als Schüren nationalistischer Gefühle erweisen.

Die Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, das auf Offenheit, Wahrheit und vor allem auf

der Verantwortlichkeit für die Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit beruht, muß systematisch ausgebaut werden. Die Deutschen müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß jedes Urteil über ihre Handlungsweise noch lange eine moralische Dimension haben wird. Aber die jungen Polen und die jungen Deutschen tragen gemeinsam die Verantwortung für die Zukunft. Das Kosovo-Problem und ein neuer Krieg in Europa zwingen zu gemeinsamen Überlegungen und Wachsamkeit. Die Konzentration auf den Völkermord des Zweiten Weltkriegs darf den Blick auf neue Gefahren nicht verstellen, die denselben Wurzeln entstammen wie der Hitlerfaschismus. Denn die größte Herausforderung für beide Nachbarn wie auch für die europäische Gemeinschaft bleibt die Frage, auf welche Art und mit welchen Mitteln demokratische Staaten Diktaturen bezwingen und sich ihren Verbrechen entgegenstellen können.

Die Polen und die Deutschen verbindet das Bedürfnis nach Normalität. Da es keine universellen Kriterien gibt, nach denen das Vorgehen eines Staates oder einer Gesellschaft als "normal" oder "spezifisch" qualifiziert werden kann, wird die Einschätzung dieses Phänomens erschwert. In der gegenseitigen Wahrnehmung und Zusammenarbeit innerhalb des gemeinsamen europäischen Rahmens geht es um den Verzicht auf die Meistbegünstigungsklausel. Unter normalen Umständen ist eine Konzentration ausschließlich auf den nächsten Nachbarn und darauf, was er über uns denkt und sagt, nicht erforderlich. Das deutsche Problem bedeutete für die Polen über Jahrzehnte den Komplex des mächtigen Nachbarn. Die Veränderungen, die in Polen sukzessiv vonstatten gehen, die Umgestaltung der internationalen Bedingungen, die Zugehörigkeit zum selben militärischen Bündnis und die Perspektive des EU-Beitritts sollten Polen von Komplexen befreien, die häufig zu emotionalen Urteilen und fehlender Objektivität führen. Die Wahrnehmung des Nachbarn ist nämlich immer eine Resultante aus Selbsteinschätzung und Selbstbild.

Die Polen und die Deutschen verbindet mehr, als die alltägliche Realität vermuten läßt. Trotz unterschiedlicher historischer Erfahrungen ähneln sie sich in einem wichtigen Punkt: Das nationale Bewußtsein beide Gesellschaften bildete sich heraus, als sie keine Staatlichkeit besaßen. Bei der Definition von "Volk" beriefen sie sich deswegen auf die gemeinsame Sprache, Abstammung und Kultur. Ohne einen Staat konnten sich die Polen ebensowenig wie die Deutschen um einen gemeinsamen Herrscher vereinen. Politische Inhalte gaben ihrer Gemeinschaft keinen Sinn. Die nationalen Ideen in Deutschland wurden durch die Politik des Dritten Reichs kompromittiert. In Polen, das bis 1989 ein Land mit beschränkter Souveränität war, konnten sie nicht exponiert werden. Heute kommt in den neuen Bundesländern sowie in Polen das Problem der Legitimierung des demokratischen Staats und einer Neudefinition der Nationalinteressen auf, wobei ein Teil der Souveränität zugunsten supranationaler und regionaler Strukturen abgetreten werden muß. Dieses ist besonders schwierig bei tiefgreifenden Veränderungen mit einer einhergehenden gesellschaftlichen Krise, in der es

angesichts des Verfalls von Autoritäten und der Diskreditierung vieler Ideologien an Inhalten mangelt, die die Gesellschaft integrieren würden.

Die Analyse des letzten Jahrzehnts polnisch-deutscher Zusammenarbeit gestattet vorsichtig formulierte allgemeine Schlußfolgerungen. Beide Länder befinden sich nämlich sowohl im Hinblick auf interne Veränderungen als auch das sich vor unseren Augen wandelnde internationale Umfeld in einem Übergangsstadium. Allein der Krieg in Jugoslawien verändert uns, drängt uns Fragen nach Sicherheit, Selbstbestimmung und nationaler Souveränität auf.

Die Tatsache, daß die polnisch-deutschen Beziehungen noch niemals vorher in der Geschichte so gut waren wie heute, hat auch negative Begleiterscheinungen. Viele, die sich von Amts wegen für eine konstruktive Entwicklung der guten Nachbarschaft verantwortlich fühlen müßten, fühlen sich von dieser Pflicht entbunden. Der Alltag zeigt, daß in vielen Bereichen und auf vielen Ebenen die Zusammenarbeit dem Schicksal oder einigen wenigen Enthusiasten überlassen wird. Untersuchungen beweisen, daß zwischen dem kursierenden und dem tatsächlichen Sachverhalt häufig eine Diskrepanz besteht. Diese Diskrepanz vertieft sich durch fehlendes Wissen, durch Unwillen der Politiker und Beamten zur Zusammenarbeit mit Vertretern der Wissenschaft sowie durch fehlende Koordination und Zusammenarbeit von Repräsentanten verschiedener Lebensbereiche. Die Überzeugung, daß im Bereich der polnisch-deutschen Zusammenarbeit Erfolge zu verzeichnen sind, darf die polnischen und deutschen Entscheidungsträger sowie intellektuellen Eliten nicht des konsequenten und koordinierten Bemühens um Vertiefung der guten Nachbarschaft und der Annäherung zwischen beiden Völkern entheben.

Trotz einer positiven Bilanz der Zusammenarbeit gibt es eine Reihe von besonderen Aufgaben und Problemen, die auf eine Lösung bzw. positives Interesse warten:

Die Anzahl von Vertretern der politischen Klasse, hauptsächlich von Parlamentariern beider Länder, die sich in der polnisch-deutschen Zusammenarbeit engagieren, ist gering. Es fehlt an Politikern, vor allem der jüngeren Generation, beiderseits der Grenze, die bei der Formulierung und Realisierung von gemeinsamen polnisch-deutschen Interessen eine Art Lobby bilden würden. Die zu diesem Zweck einberufenen parlamentarischen Gruppen sind auf der politischen Bühne und im öffentlichen Leben nicht präsent. So alt in der Bundesrepublik Deutschland die Tradition der Beteiligung von Politikern an politischer Bildung über die Teilnahme an Seminaren und internationalen Treffen ist, die von Dutzenden lokaler, regionaler und Bundeseinrichtungen organisiert werden, so sehr ist in Polen ihre Abwesenheit bei derartigen Begegnungen die traurige Regel. Die polnischen Politiker haben auf diese Art keine Möglichkeit, an Diskussionen mit Deutschen verschiedener Berufe teilzunehmen und deren Denkweise sowie Wahrnehmung Polens zu beeinflussen.

Das schwache Interesse der Politiker an der polnisch-deutschen Problematik spiegelt sich in

ihrem Wissensstand über das Nachbarland und im Fehlen eines glaubwürdigen Dialogs mit der Gesellschaft über wesentliche Fragen aus dem Bereich internationaler Problematik wider. Der Austausch von Resolutionen und Meinungen polnischer und deutscher Politiker im Zusammenhang mit den Äußerungen von Erika Steinbach, der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, im Herbst 1998 ist nur ein Beispiel, das die Regel bestätigt. CDU/CSU-Politiker trugen Zynismus zur Schau, als sie sich aus partikulären, wahlbestimmten Interessen für die Forderungen des Bundes der Vertriebenen einsetzten. Die Tatsache wiederum, daß einige polnische Politiker das Wahlspektakel der erwähnten Funktionärin des Bundes der Vertriebenen mit erwachten politischen Ambitionen, im fatalen Stil veranstaltet, in den Rang eines die polnische Staatsräson bedrohenden Sachverhalts erhoben, belegt allerdings, wie gering das Wissen über die Gesamtsituation in der Bundesrepublik ist und daß es an Vertrauen gegenüber dem nächsten Nachbarn mangelt. Eine solche Einstellung begünstigt desgleichen die Vertiefung von unnötigen Ängsten und die Verfestigung negativer Stereotypen in der Gesellschaft.

Ein Beispiel für emotionale und kurzsichtige Wahrnehmung der polnisch-deutschen Beziehungen und der politischen Bedingungen der Bundesrepublik war die Reaktion der polnischen Politiker auf den Regierungswechsel in Bonn nach den Herbstwahlen 1998. Es dominierte, im übrigen ohne rationale Begründung, eine negative Einstellung sowie die Überzeugung, daß der Machtantritt der rot-grünen Koalition für die europäischen Interessen Polens negative Auswirkungen haben könnte. Diese Haltung war auf eine irrige Einschätzung der Regierung Kohl und negative Einstellung gegenüber der Linken im allgemeinen zurückzuführen. Die Tatsache, daß die neue Regierungskoalition die Politik der europäischen Integration mit größerem Realismus betreibt, dürfte nicht für Unruhe sorgen.

Der Generationenwechsel in den Regierungen vieler europäischer Länder bedeutet eine Änderung des Stils der Machtausübung, was auch eine Chance sein kann. Als die Nachkriegsgeneration in der Bundesrepublik Integrationspolitik in Europa machte, war dies eine Frage von Krieg und Frieden. Darin lagen auch Pathos und Romantik. Gegenwärtig bedarf Europa nicht der besonderen Gefühle, es ist eher eine Frage der Vernunft und der bewußten Wahl aus Notwendigkeit.

Eine Krise durchleben die Institutionen, deren Wurzeln in die Zeiten der VR Polen zurückreichen. Dazu gehören: das Polnisch-Deutsche Forum, die Schulbuchkommission und polnisch-deutsche Gesellschaften. Im Gegensatz zu vielen gedeihenden deutsch-polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik haben die polnisch-deutschen Gesellschaften kaum Aktivitäten an den Tag gelegt. (Hierbei sei daran erinnert, daß die deutsch-polnischen Gesellschaften in der Bundesrepublik in ihrer Art einzigartig sind, weil es in bezug auf andere Staaten und Völker nichts Vergleichbares gibt.) Es fehlt an einem Konzept zur Belebung der

Zusammenarbeit ebenso wie an Koordination mit lokalen und regionalen Behörden, Beamten, der Wirtschaftswelt, der Wissenschaft und Kultur.

Die besten und spektakulärsten Ergebnisse der Zusammenarbeit wurden in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit erzielt, obwohl es auch hier viel zu tun gäbe. Die Asymmetrie in diesem Bereich wird über rechtliche Regelungen der polnischen Seite, die gemeinsame Übungen ermöglichen, über einen Geheimschutzvertrag und über ein Abkommen über den Aufenthalt von Streitkräften im Partnerland schrittweise abgebaut. Wichtig ist, im polnischen Heer das Modell eines Gehorsams, der auf Befehl und Unterordnung ausschließlich aus Hierarchiegründen beruht, auf gemeinsame Ziele und gemeinsame Verantwortung umzustellen. So wird der Verantwortung und Freiheit der Soldaten verschiedener Ebenen und Fachrichtungen mehr Raum eingeräumt, was sich positiv auf die Kommunikation zwischen polnischen Soldaten und ihren NATO-Partnern auswirken kann.

Die Versöhnung auf der Ebene der Kirchen ist immer noch eher im Bereich der Gesten und offiziellen Deklarationen als der täglichen Bemühungen angesiedelt. In der seelsorgerischen Arbeit auf der Ebene von Gemeinden und lokalen Gemeinschaften wird das Problem der polnisch-deutschen Nachbarschaft und der damit verbundenen Konsequenzen nicht wahrgenommen. Daß Polen und Deutschland inmitten der Integrationsprozesse in Europa stehen, verlangt indessen die Öffnung der Kirchen für den Prozeß des "Austauschs der geistigen Gaben" zwischen Ost und West. Die Zusammenarbeit der Kirchen in beiden Ländern müßte dazu beitragen, daß Glaubensgemeinschaften als ein wesentliches Element des sozialen und kulturellen Lebens Europas anerkannt werden. Zu diesem Zwecke ist eine größere Zusammenarbeit zwischen der polnischen Amtskirche und Laienorganisationen notwendig. Die Problematik ausgedehnter internationaler Kontakte und des Zusammenlebens von Polen und Deutschen im Rahmen der EU sollte Aufgabe kirchlicher Seminare, Gegenstand der Bildungsarbeit von Bewegungen und Vereinen, Kirchenmedien und Schulen sein. Die Kirche muß ihre Autorität einsetzen, um zu einem Faktor des Dialogs, der "politischen Diakonie", der gemeinsamen ökumenischen Arbeit und der Öffnung für alle Völker, Kulturen und Konfessionen zu werden.

Die Öffnung der Grenze schuf bestimmte Konsequenzen und Herausforderungen.

Das Bild Polens in der Bundesrepublik sowie in den EU-Ländern und umgekehrt kristallisiert sich nicht allein anhand der großen Politik, sondern vor allem über alltägliche Erscheinungen und Fakten heraus. Die Zusammenarbeit im polnisch-deutschen Grenzgebiet, vor allem jedoch die Möglichkeit der zügigen Abfertigung, ist ein Faktor, der über Umfang und Art der Zusammenarbeit entscheidet.

In den Jahren 1989-1998 kam es zu einem ungeahnten Aufschwung des grenzüberschreiten-

den Verkehrs. Als spektakulärster Beweis für die Entwicklung von Kontakten und Zusammenarbeit dient die 15fache Zunahme des PKW- und die fünffache des LKW-Verkehrs. Indessen ist in diesem Zeitraum, trotz euphorischer Erklärungen und Zusicherungen hinsichtlich der Notwendigkeit neuer Grenzübergänge, sehr wenig getan worden, und die Situation an den Grenzübergängen hält viele davon ab, die Grenze zu überqueren. Bis 1989 gab es zwischen Polen und der DDR 24 Übergänge. 1992 wurde ein bilaterales Abkommen über den Bau von 13 neuen Übergängen unterzeichnet. Bis 1998 waren sieben davon gebaut, wobei nur drei von ihnen einen Beitrag zur Verbesserung des Warenverkehrs leisten. Damit sich die Situation an den Grenzübergängen möglichst schnell verbessert und den europäischen Standards entspricht, sind aus EU-Mitteln finanzierte Sonderprogramme für die Grenzregionen notwendig.

Partnerschaftliche Kontakte zwischen Regionen, Städten und Gemeinden Polens und Deutschlands erleben einen ungewöhnlichen Aufschwung. Für die Bundesrepublik steht Polen in diesem Bereich an dritter Stelle, Deutschland ist für Polen der Partner Nummer eins. Die Vorteile dieser Kooperation sind gewaltig. Die polnischen Partner von deutschen Gemeinden sind hauptsächlich in den Westgebieten Polens angesiedelt. Empfehlenswert wäre es, Partner in den Ostregionen Polens zu gewinnen und bestehende Partnerschaften in tri- und multilaterale Kooperationen umzuwandeln zu versuchen. Besonders wichtig wäre es, die östlichen Nachbarn Polens, hauptsächlich die Ukraine, sowie die westlichen und nördlichen Nachbarn Deutschlands, so Frankreich und Dänemark, als Partner zu gewinnen. So wären Staaten, die sich über die gesamte Länge Europas ausdehnen, durch Zusammenarbeit vereint und würden eine Achse europäischer Sicherheit bilden, die von Bindungen zwischen den Regionen untermauert würde.

Der Jugendaustausch ist eines der wichtigsten Elemente der Zusammenarbeit. Das den polnisch-deutschen Jugendaustausch lenkende Jugendwerk müßte über finanzielle Stabilität und langfristig garantierte Finanzmittel verfügen. Allerdings besteht die Notwendigkeit, die Rechtsgrundlagen für das interne Funktionieren dieser Institution zu modifizieren. Dies gilt für die Verwaltungsstruktur, die gemeinsame Entscheidungsfindung und den Status der Einrichtung. Um deutsche Standards zu erreichen, müßten in Polen mehr Stellen mit pädagogisch ausgebildetem Personal eingerichtet werden, das im Bereich des internationalen Jugendaustauschs kompetent ist. Es besteht dringender Bedarf, die Staatsbeamten, die mit der Problematik des Jugendzusammenarbeit befaßt sind, sachlich besser auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Die Kompetenzen im Bereich des Schulaustauschs sollten beiderseits der Grenze vereinheitlicht werden. Nötig wären Aktivitäten, die polnischen Schulen gestatten würden, eine Partnerschule in Deutschland zu finden. Auf der Listen der Schulen, die 1998 nach einem Partner in Deutschland suchten, standen 240 Bildungseinrichtungen. Das Programmangebot für Berufsschüler müßte breiter und umfassender sein. Programme, die mit

beruflicher Arbeit verbunden sind, erfreuen sich großen Interesses, und ihre Realisierung dient interkulturellen Zielen. Eine gemeinsame Anstrengung tut not, Jugendliche aus den neuen Bundesländern für die Zusammenarbeit mit polnischen Schülern zu gewinnen. Um Vorurteile und negative Stereotypen auszuräumen, sind eine selbstkritische Einschätzung und mehr Wissen um das Nachbarland notwendig.

Ein Element bei der Gestaltung des Polen- und des Deutschlandbildes ist der Tourismus. Polen reisen in die Bundesrepublik, um Verwandte zu besuchen oder eine Arbeit anzutreten, jedoch kaum, um das Land des nächsten Nachbarn im Westen zu besuchen. Bislang ist noch nicht viel geschehen, damit Deutschland nicht mehr in erster Linie mit Geldverdienen assoziiert wird. Es gibt kein koordiniertes Vorgehen und keine polnischen touristischen Angebote auf dem deutschen Markt. Die Gegenwart polnischer Touristen, die das Nachbarland nur als Touristen besuchen, kann wesentlichen Einfluß darauf haben, daß man sich von der gängigen Vorstellung von den Polen als Autodieben verabschiedet. Ein im Sinne der Vielfalt reichhaltigeres touristisches Angebot für Deutsche, die nach Polen kommen, kann erheblichen Einfluß auf die Einstellung der Deutschen zu unserem Land haben. Erst dann wird die Dominanz der Nostalgietouristen nach Polen gebrochen werden und das Interesse für gegenwärtige Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen zunehmen.

Die Öffnung der Grenze hat einen ungeheuren Wandel im Grenzgebiet in Gang gesetzt. Der grenzüberschreitende Handel entwickelte sich in einem nie dagewesenen Ausmaß, belebte die polnische Wirtschaft und verbesserte deutlich die ökonomischen Bedingungen der lokalen Gemeinschaften im Grenzgebiet. Die Entwicklungsdynamik der Grenzstädte ergibt sich aus der vorteilhaften Zusammenarbeit sowie aus der Konjunktur auf den Märkten. Durch den Handel auf den Märkten wird die Arbeitslosigkeit dieser Region deutlich gemindert.

Die Öffnung der Grenze hat sich auf den Transformationsprozeß beiderseits der Grenze ausgewirkt. Sie hat nicht nur eine gesteigerte Wirtschaftsaktivität, sondern auch Aktivitäten am Rande der Legalität freigesetzt, die pathologische Phänomene hervorbringen. Im Zusammenhang damit ist polnisch-deutsche Zusammenarbeit notwendig, um Menschenschmuggel, hauptsächlich aus Ost- und Südosteuropa, die Beschäftigung von Minderjährigen in polnischen Begleitagenturen und in deutschen Bordellen zu unterbinden sowie mit dem Problem der Diebstähle fertigzuwerden, die von polnischen Jugendlichen in Deutschland begangen werden.

Ein wesentliches Element der Herausbildung einer neuen politischen Kultur und einer neuen Partnerschaft in den polnisch-deutschen Beziehungen ist das Ausschalten von Faktoren, die eine, soweit dies möglich ist, objektive gegenseitige Wahrnehmung der beiden Nachbarn unmöglich machen. Vorurteile und negative Stereotypen sind nach wie vor ein Phänomen in den Beziehungen zwischen Völkern; ob sie auch ein Problem in den Beziehungen zwischen Polen

und Deutschen sein werden, wird davon abhängen, welche Funktion sie erfüllen und in welchem Grade sie von der öffentlichen Meinung instrumentalisiert und eingesetzt werden.

D*as gegenwärtige Bild Polens und der Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen in den Schulbüchern belegt, daß die langjährige Arbeit der gemeinsamen Schulbuchkommission zwar zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit von Historikern beigetragen hat, allerdings nicht die beabsichtigten Erfolge bei der Umsetzung der Schlußfolgerungen in der schulischen Praxis hervorbrachte.* Insbesondere in Polen fehlt es an Hilfsmaterialien für Lehrer, die die Nachkriegsgeschichte der polnisch-deutschen Beziehungen aufzeigen sowie viele Mythen und falsche geschichtliche Thesen revidieren würden. Deshalb besteht die dringende Notwendigkeit, in Polen Institutionen nach dem Vorbild der Bundeszentrale bzw. der Landeszentralen für politische Bildung, von katholischen, evangelischen und europäischen Akademien ins Leben zu rufen, die systematisch Seminare zu internationalen Themen unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Problematik für Lehrer und andere Berufsgruppen unter Beteiligung von Politikern und Geistlichen abhalten würden.

Vor unseren Augen vollziehen sich beträchtliche Veränderungen im Bewußtsein der Gesellschaft der polnischen West- und Nordgebiete. Zu Worte kommt hier die dritte Generation, die ihr neues Selbstverständnis nicht mehr aus der Nostalgie nach den verlorenen Ostgebieten und nicht aus der Ablehnung von allem, was deutsch ist, schöpft, sondern aus einer neuen kulturellen Sinngebung, die sie dieser Region verleiht, sowie aus der Zusammenarbeit mit dem deutschen Partner, wenngleich diese Zusammenarbeit nicht ganz frei von Ängsten ist. Untersuchungen zeigen eindrucksvoll, daß es für eine vertiefte lokale Bindung des Wissens über die Region bedarf, in der man lebt. Indes war dieses Wissen bislang gering und verfälscht. Die lokalen Reiseführer und Geschichtsbücher müßten verifiziert und um das deutsche kulturelle Erbe in seiner ganzen Dimension bereichert werden. Nur auf diese Weise kann die dominierende Perzeption des deutschen Einflusses auf Polen als Katastrophe beseitigt und gezeigt werden, daß die Geschichte der Westgebiete ein Element der Geschichte Europas ist, in der unter anderem slawische, deutsche, böhmische, schlesische und jüdische Stränge miteinander verwoben sind.

Das vergangene Jahrzehnt hat beträchtliche Veränderungen im Polen- und im Deutschenbild gezeitigt, wobei das Deutschenbild in der Gesamtvorstellung der Polen gegenüber dem Polenbild in Deutschland einer ungleich spektakuläreren Änderung unterlag. Ungeachtet der komplizierten objektiven Ursachen dieses Phänomens wird dieser Umschwung auch von einem subjektiven Element beeinflußt, das die Bestätigung des Syndroms der ungleichen Partnerschaft darstellt. Die Deutschen interessieren sich nicht in dem Maße für die Perzeption ihres Bildes in Polen, wie es bei den Polen der Fall ist. Die sogenannten polnischen Witze in einigen Programmen des deutschen Fernsehens bewirken die Empörung polnischer Eliten und

Rufe nach offiziellen Protesten, während negative oder beleidigende Ansichten, die zuweilen in den polnischen Medien repräsentiert werden, in Deutschland niemandes Aufmerksamkeit erregen.

Bei der polnisch-deutschen Annäherung spielen Dialog und Kompromiß eine ungeheuer große Rolle. Dank ihnen konnte während des vergangenen Jahrzehnts die Situation in vielen bis dahin konfliktbeladenen Fragen normalisiert werden.

Die deutsche "Polonia" bzw. ihre Organisationen stellen keineswegs eine Brücke in den polnisch-deutschen Beziehungen dar. Ihre Präsenz und Evidenz im öffentlichen Leben der Bundesrepublik sind umgekehrt proportional zu den Forderungen, die sie an die deutschen wie die polnischen Behörden richten. Dennoch wächst die Gruppe von Aktivisten an, die sich sehr engagiert für die Verbreitung polnischer Kultur in Deutschland einsetzen. Untersuchungen zeigen, daß ein beträchtlicher Teil polnischer Migranten seinen Platz im neuen deutschen Vaterland gefunden hat und beruflich zufrieden ist. Auch in den Reihen der deutschen Minderheit in Polen hat Stabilisierung Einzug gehalten. Diese Minderheit wird langsam zu einem integralen Element im Leben der Regionen und Ortschaften. Die Sozial-kulturellen Gesellschaften der Deutschen in Polen verlieren allerdings ihre gesellschaftliche Basis, die sich infolge von demographischen Prozessen vermindert. Ihre Aktivitäten im Hinblick auf die Heranziehung junger Menschen und Verbreitung deutscher Kultur nehmen ab.

Durch die Kommerzialisierung der Medien wird die Erstellung von Programmen, die der polnisch-deutschen Annäherung dienen, nicht gefördert. Im Fernsehen gibt es keinen Platz für eine wirklichkeitsnahe, emotionslose Diskussion und Information über besonders neuralgische Themen in den polnisch-deutschen Beziehungen. Dies gilt beispielsweise für Eigentumsfragen in Westpolen, die Forderungen des Bundes der Vertriebenen, den Grundstückskauf von Deutschen, deutsche Investitionen in Polen usw.

Neu Chancen, aber auch Probleme ergeben sich in den Wirtschaftsbeziehungen. Deutsche Investitionen in Polen betrugen (bei Investitionen über 1 Mio. USD) am 30. Juni 1998 3,2 Mrd. USD, was 14% aller ausländischen Investitionen ausmacht. Entgegen der landläufigen Meinung, Polen würde von deutschem Kapital überschwemmt, ist nur jede fünfte Firma mit ausländischer Beteiligung mit deutschem Kapital ausgestattet. Unter den 100 größten ausländischen Investoren fanden sich nur 16 deutsche Firmen, darunter sogar fünf Banken. Die sich in Polen niederlassenden Firmen gehören nicht zu den größten Arbeitgebern, auch sind sie nicht unter den Firmen mit den größten Gewinnen vertreten. Entgegen den weit verbreiteten sozialen Ängsten hat es Polen nicht geschafft, das besondere Interesse deutscher Investoren zu wecken. Untersuchungen haben auch gezeigt, daß es zweimal mehr Polen gibt, die deutsche Investitionen in Polen begrüßen, als solche, die dagegen sind.

Die polnisch-deutsche Zusammenarbeit hatte stets ihre Parteigänger, Pioniere und Visionäre.

Heute, bei einer schwierigen Normalisierung, bedarf sie nüchterner Enthusiasten sowie guter Handwerker. Seit Beginn der neunziger Jahre, als der Eiserne Vorhang fiel, haben Polen und Deutsche, die mit einer unterschiedlichen Einstellung zum Staat, einer anderen Bindung zwischen Volk und Vaterland und einer divergierenden Vision von Demokratie aufeinandertrafen, eine wichtige Teilstrecke auf dem Wege zueinander zurückgelegt.

Die polnisch-deutsche Nachbarschaft büßt ihre spezifische und außergewöhnliche Note ein. Sie wird zu einem Element demokratischen Zusammenlebens in Europa. Die gegenseitigen Beziehungen beider Staaten stellen trotz der spektakulären Normalisierung allerdings immer noch eine überaus heikle Materie dar, während die vielfach beschworene Annäherung und Versöhnung oberflächlich ist. Ihr fehlt es an Solidität, auf die einige Generationen hinarbeiten müssen.

Die Beziehungen zwischen beiden Völkern dürften in der nächsten Zukunft zunehmend durch das Prisma von NATO und EU wahrgenommen werden. Dies heißt, daß die Aufmerksamkeit Polens nicht wie zuvor auf den deutschen Nachbarn gerichtet sein wird, daß seine Position in Europa unter anderem von den eigenen Leistungen bei der Reformierung des Landes und vom Ergebnis der Verhandlungen mit allen EU-Partnern abhängen wird. Die Nachbarschaft zweier demokratischer Staaten und freier, offener Gesellschaften im Zentrum des alten Kontinents ist heute frei von Konflikten und Spannungen, die aus unterschiedlichen Interessen resultieren. Beide Gesellschaften treten ins neue Jahrhundert mit einem ansehnlichen Kapital an Leistungen und mit Chancen auf eine stabile Partnerschaft, die in dieser Region Europas eine wichtige Rolle spielen kann. Soll diese positive Bilanz beibehalten werden, kommt es auf gegenseitiges Vertrauen sowie konsequente und engagierte Zusammenarbeit an.

Empfehlungen der Konferenz

"Deutsche und Polen auf dem Weg zu partnerschaftlicher Nachbarschaft: Versuch einer Bilanz des ersten Jahrzehnts von 1989-1998", Kreisau/Krzy¿owa, 14.-15.10.1998

Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln hat gemeinsam mit dem Posener Instytut Zachodni (West-Institut, IZ) ein Forschungsvorhaben durchgeführt, das von der **Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit** und der **Robert Bosch Stiftung** gefördert wird. Sein Ziel ist eine kritische Bilanz der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von 1989 bis 1998.

Zunächst wurden die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in einer Konferenz vorgestellt, die am 14. und 15. Oktober 1998 in Kreisau stattgefunden hat und unter Beteiligung promi-

nenter Politiker aus Polen und Deutschland am 16. Oktober mit einer großen Podiumsdiskussion in der Aula der Universität Breslau abgeschlossen worden ist. Bei der Konferenz ging es nicht nur darum, die wichtigsten Gebiete der deutsch-polnischen Zusammenarbeit einer kritischen Analyse zu unterziehen, sondern auch zu versuchen, konstruktiv und pragmatisch auf Möglichkeiten zur Lösung einzelner Probleme hinzuweisen. Das BIOst und das IZ haben angesichts der Praxisorientierung ihrer wissenschaftlichen Expertise die Absicht verfolgt, den Alltag der beiderseitigen Beziehungen unter die Lupe zu nehmen. Dabei sind sie von der Annahme ausgegangen, daß sich beide Länder und ihre Gesellschaften in der Zeitspanne, in der die EU-Außengrenze sie noch trennt, darüber klar werden müssen, welche Etappe auf dem Wege der gegenseitigen Annäherung erreicht worden ist und welche Problemlast sie noch mit sich herumschleppen. Beiden Instituten liegt daran, dieses Wissen für die praktische Politik nutzbar zu machen. Mit diesem Anliegen werden folgende Empfehlungen gegeben.

Parlamente

46. Es wird angeregt, Treffen deutscher und polnischer Parlamentarier aus den Fachausschüssen/-kommissionen von Bundestag und Sejm zu organisieren, damit dort gemeinsame Probleme auf der parlamentarischen Arbeitsebene besprochen werden können.

Sicherheitspolitik

47. Die gegenseitige Informationspolitik in Polen und in Deutschland über die Bedeutung der NATO-Integration und der deutsch-polnischen militärischen Zusammenarbeit muß vor allem in den Gebieten, in denen die praktische Kooperation stattfindet, verstärkt werden.

Medien

48. Die institutionelle Zusammenarbeit der Medien, insbesondere der Fernsehanstalten, zwecks Erstellung von attraktiven Programmen zur Weckung des gegenseitigen Interesses und der gegenseitigen Information sollte intensiviert werden. Für deutsche und polnische Journalisten sollten verstärkt landeskundliche Seminare über Polen bzw. Deutschland angeboten werden.

Kirchen

49. Die Zusammenarbeit der Kirchen der beiden Länder erfordert einen intensiven und ehrlichen ökumenischen Dialog über die gemeinsamen Werte in der offenen europäischen Gesellschaft mit deren zahlreichen Orientierungsangeboten. Der direkte Austausch von Priestern und Laien sollte gefördert werden, um die unterschiedlichen Prägungen des Glaubens und des Gemeindelebens in Deutschland und in Polen kennen- und verstehen zu lernen.

Grenze

50. An den Grenzübergangsstellen sollte entweder das Personal aufgestockt werden und/oder eine gemeinsame Abfertigung erreicht werden. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, ob Transporte aus Drittländern, die an Polens Außengrenzen bereits kontrolliert wurden, an der deutsch-polnischen Grenze erneut untersucht werden müssen.

Grenzregionen

51. Erforderlich sind besondere Programme der Grenzregionen, die aus Mitteln der EU finanziert werden, zur schnellstmöglichen Angleichung der Situation an den Grenzübergängen an die europäischen Standards. Polen sollte so schnell wie möglich in das Sicherheitssystem nach dem Schengener Abkommen einbezogen werden.

Kriminalität

52. Es ist eine noch wesentlich verstärkte deutsch-polnische Zusammenarbeit notwendig, die den Menschenschmuggel, den Mißbrauch Minderjähriger und die Kriminalität auf beiden Seiten der Grenze bekämpft.

Partnerschaften

53. Es wäre wünschenswert, daß auch die ostpolnischen Regionen stärker in diese Zusammenarbeit einbezogen würden und der Versuch gemacht würde, die bilateralen Partnerschaften zu tri- oder multilateralen zu erweitern. Besonders wertvoll wäre die Gewinnung von ukrainischen und französischen Städten für solche Partnerschaften.

54. Gemeindepartnerschaften innerhalb der Euroregionen sollten verstärkt gefördert werden. Die Einbeziehung alter Patenschaften in Partnerschaftsbeziehungen sollte verstärkt werden.

55. Die Selbstverwaltungsreform in Polen und die Schaffung von 16 Wojewodschaften sollten genutzt werden, um Partnerschaften zwischen deutschen Bundesländern ebenfalls 16 und polnischen Wojewodschaften neue Impulse zu verleihen.

56. Es sollte ein Vademecum deutsch-polnischer Partnerschaften (Städte, Gemeinden, Regionen, Universitäten, Streitkräfte usw.) erstellt werden.

Jugendwerk und Jugendaustausch

57. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) sollte eine solide finanzielle Grundlage erhalten und von beiden Seiten langfristig finanziell abgesichert werden. Den finanziellen Bedürfnissen des Austauschs wird aber nur Rechnung getragen werden, wenn die politisch Verantwortlichen in Polen, aber auch in Deutschland die Priorität dieses Sektors im jeweiligen Haushalt durchsetzen. Eine Modifizierung der Rechtsgrundlagen für das interne Funktionieren des Jugendwerks ist erforderlich.

58. Es sollten die Voraussetzungen dafür, daß polnische Schulen Partner in Deutschland finden, verbessert werden. Das Programmangebot für Kontakte von Berufsschülern sollte breiter und reicher sein, denn die Berufsschülerprogramme finden besonders starkes Interesse, und dessen Befriedigung fördert die Verwirklichung interkultureller Ziele.

59. Im Rahmen empirischer Untersuchungen unter deutschen und polnischen Jugendlichen, die an Maßnahmen des DPJW teilgenommen haben, sollte eine Wirkungsanalyse deutsch-polnischer Jugendbegegnungen erstellt werden.

Schule und politische Bildung

60. Die didaktisch aufbereiteten Unterrichtsmaterialien zu den deutsch-polnischen Beziehungen und zur polnischen Geschichte, die für deutsche Lehrer seit kurzem zur Verfügung stehen, sollten den Lehrern verstärkt zur Kenntnis gebracht werden. Lehrerfortbildungskurse zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und zur deutschen bzw. polnischen Landeskunde sollten den zahlreichen vorliegenden Arbeitsmaterialien den Weg in den Schulunterricht ebnen.

61. Ein dringender Bedarf besteht an der Gründung von politischen Bildungseinrichtungen in Polen, die unter Mitwirkung von Politikern und Geistlichen systematisch Seminare für Lehrer, Soldaten und andere Berufsgruppen über die demokratische politische Kultur, die internationalen Beziehungen und friedliche Nachbarschaftspolitik in Europa abhalten könnten.

Tourismus

62. Eine intelligente touristische Werbung sollte in Deutschland und in Polen auf die jeweilige Attraktivität des Nachbarlandes als Kultur-, Urlaubs- und Reiseland aufmerksam machen.

Minderheiten und Vertriebene

63. Die Polonia sollte das für nötig Erachtete von deutschen Institutionen mit Augenmaß einfordern, wobei aus Gründen der Glaubwürdigkeit auf schiefe Vergleiche mit der deutschen Minderheit verzichtet werden sollte. Zugleich sollte die Polonia angesichts des Zustands der öffentlichen Finanzen zu neuen Wegen der Selbstfinanzierung finden, was bei der Berufung auf über eine Million Angehörige nicht zu schwer sein sollte.

64. Es wird vorgeschlagen, basierend auf ersten positiven Erfahrungen der letzten Jahre, Gespräche zwischen den deutschen und polnischen Opfern der Vertreibungen der vierziger und fünfziger Jahre vor Ort und ihren Kindern und Enkeln zu führen. Die politischen Stiftungen, das Haus für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Gleiwitz, die Jugendverbände der Vertriebenen und der deutschen Minderheit können hier initiativ wirken.

Eigentums- und Entschädigungsfragen

65. Es erscheint angezeigt, angesichts der zunehmenden Emotionalisierung und Politisierung der Eigentums- und Entschädigungsproblematik die strittigen Rechtsfragen von polnischen und deutschen Juristen gemeinsam diskutieren zu lassen, um möglichst eine gemeinsame Basis zu erarbeiten, die dafür Sorge trägt, daß die polnische Gesetzgebung und Rechtsprechung in Zukunft den Standards der EU und des Europäischen (Menschenrechts-) Gerichtshofs entspricht.